

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

151 (3.7.1919)

# Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatl. 1.60 M., vierteljährl. 4.80 M., Pagenst. durch unsere Träger monatl. 1.70 M., vierteljährl. 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Verlag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: 4777 Geschäftsstelle Nr. 125, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle ob. deren Raum 25 3, zuzügl. 30 % Zeilungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmest. 1/29 norm. für größ. Aufträge nachm. zuoor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

## Es wird gestreift!

Karlsruhe, 3. Juli.

Der Eisenbahnerstreik geht weiter. Zwar war Moske bereit, kein auf Grund des Belagerungszustandes erlassenes Verbot des Eisenbahnerstreiks zurückzuziehen, zwar hat die Regierung anderthalb Milliarden Mark aus der ohnedies erschöpfenden leeren Staatskasse zur Senkung der Lebensmittelpreise bewilligt, zwar haben alle Organisationen, die Gewerkschaften aller Richtungen die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen, aber es wird trotzdem weiter gestreift. Ein unabhängiger Gelehrer wie Paul Hoffmann siegt über alle Vernunftgründe und alle organisatorischen Zustände.

Das Charakteristische an diesen Streiks ist, daß sie sich sämtlich gegen gemeinnützige Staatsbetriebe richten. Solange die U. S. B. D. und K. P. D. noch die Bergarbeiter als Sturmtrupp vorausschickte, konnte sie sich wenigstens hinter dem Vorwand verdecken, es gelte dem Kampf gegen das Kapital; wenn die Regierung nur sozialisieren wollte, würde es Ruhe und Frieden im Lande geben, aber sich für den Kapitalprofit zu ändern, hätten die Bergarbeiter endgültig lost. Die Eisenbahnen sind seit Jahrzehnten Staatsbesitz, die Verkehrsmittel in Berlin hat jedoch die Stadt sämtlich zu übernehmen beschlossen, in der Mehrheitsmajorität und Unabhängigkeit über eine Drei-Drittel-Mehrheit verfügen. Trotzdem wird gestreift. Nächstes ist die Gruppe aus der Notlage der ganzen Nation herauszuholen, was sie nur kraft der Wichtigkeit ihrer Stellung im Produktionsprozeß herausnehmen können. Jede Rücksicht auf die Volksgemeinschaft wird als kapitalistischer Arbeiterverrat demagogiert, der brutale Egoismus als einzige wahre sozialistische Lehre proklamiert. Die wirklich mit dem Herzen Sozialisten waren, denen der Sozialismus ein Ideal gewesen ist, die wenden sich schoudernd von diesem Willkür der Verkörperung des Sozialismus und der Revolution in kleine Lohnverpressungen ab.

Natürlich verstoßen die unabhängigen Mütter, es handele sich um rein wirtschaftliche Bewegungen, die aus der Not des Volkes herorgegangen seien und mit Rücksicht nicht das Geringsste zu tun hätten. Viele der Streikenden glauben das auch ehrlich und wissen nichts von den Drähten, an denen man sie zieht. In Wahrheit sind diese Streiks nur Manöver der Unabhängigen und Kommunisten, die um keinen Preis dulden können, daß allmählich wieder Ordnung und Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse einzieht. Dann hätten sie ihr Spiel verloren und müßten auf die erlebten Ministerleichen noch lange warten. Um ihres Ehrgeizes willen soll das deutsche Volk weiter in Elend und Unterang hiningeredet werden. Wie ausdrücklich politisch die Bewegung in Wahrheit ist, zeigen die streikförmigen Reden und Flugblätter. So verbreitet das anonyme Streikkomitee der Eisenbahner ein Flugblatt, in dem es heißt:

An die deutschen Eisenbahner! Vor einigen Wochen seid ihr zum ersten Male, seit Eisenbahnen in Deutschland waren, in eine Lohnbewegung getreten. Ihr seid fürwahr bescheiden gewesen... Eisenbahner, die Lohnforderungen, die ihr erhaltet, sind gerecht. Die Regierung lehnt diese Forderungen ab. Und warum? Weil diese Forderungen gehen an den Lebensnerv des Kapitalismus, und die Regierung weiß, daß die Alternative heute so steht: entweder müßt ihr untergeben und der Kapitalismus kann leben, oder ihr lebt, und der Kapitalismus stirbt. In dieser Situation wagt die Regierung die Seite des Kapitals. In dieser Seite sieht sie gegen Euch und nicht mit allen Mitteln die sie hat... Niemals vor dem Kriege hat eine Regierung gewagt, so tun, wie jetzt ein Moske tut. Sie läßt mit eiserner Gewalt, mit Maschinengewehren und Sandgranaten Euren Mund, der Brot verlangt, verfluchen, Euren Arm, der den Hebel befehligt, zerbrechen und Eure Bewegung erstickt. Eisenbahner, ob die Regierung das kann, das liegt nicht in der Hand der Regierung, das liegt in Eurer Hand. Wenn ihr, die Eisenbahner streikt, dann helfen keine Moskegarden, dann sind die Moskegarden immobil, einen Widerstand von einer Woche nur und keine Regierung mag zu widerstehen."

Braucht es noch eines weiteren Beweises, welche dunklen Kräfte hinter diesen ewigen Streikaktionen stehen. Die Alternative ist nicht die, ob die Eisenbahner verkumpen sollen oder der Kapitalismus, den es im Verzehrwesen garnicht gibt. Die Frage, die zur Entscheidung steht, ist lediglich die, ob es der Regierung gelingt, wieder Ordnung in das Wirtschaftsleben zu bringen und die Not allmählich zu lindern oder ob wir alle zusammen zugrunde gehen. Bisher hat die Regierung gelehrt, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. Gerade die Eisenbahnen sind das köstliche Beispiel dafür, daß unsere Anrufung richtig ist und nicht der Räuberwahn. In Rußland ist seit der Revolution der Eisenbahnerstreik ständig weiter zurückgegangen, in der Räterepublik verhungern die Großstädte buchstäblich, weil die Eisenbahnen betriebsunfähig sind. In Deutschland hat die vernünftige mehrheitssozialistische Regierung trotz der unabweisbaren Straftat an die Entente das Eisenbahnwesen schon halbwegs wieder in Ordnung gebracht und würde es bald ganz in Ordnung haben, wenn nicht die mutwilligen Streiks dazwischen kämen.

Siegt unsere Regierung, die Regierung des Volkswillens, anerkennen von der Mehrheit des Volkes und der Arbeiterklasse, dann wird die Forderung wenn auch nur sehr langsam, weiter gehen. Andernfalls kommen wir zur Räterepublik. Das erste, was die Räterepublik einleitet, ist, wie Rußland und Ungarn beweisen, das absolute Streikverbot und der unbedingte Arbeitszwang. Zudem geht die Wirtschaft immer weiter zurück. Rußland und Ungarn sind zum Affordlos zurückgekehrt — umsonst die Arbeitsleistung sinkt. Man gibt der Bourgeoisie schult, trotz ihrer Ohnmacht, und greift zum Terror. In Ungarn herrschte das ungeheure Morden genau wie in Rußland; wo die Bauern sich erdrosseln, wird jeder zehnte Mann erschossen und jedes vierte Stild Vieh weggenommen. Aber auch der Terror hilft nicht, die wirtschaftliche Lage geht immer weiter zurück, das Volk hungert, die Industriearbeiterklasse sinkt auf ein Bruchteil ihrer früheren Zahl — das Ende ist ein General des alten Regimes mit reaktionärer Militärdiktatur. Deutschland steht am Scheidewege. Nach herrscht die Vernunft. Geschlossen müssen die mehrheitssozialistischen Arbeiter dafür wirken, daß sie obenau bleiben. Es gilt dem Feind, den wir am tiefsten hassen, dem Unterhand der Massen.

## Intrassierung des Friedensvertrags.

Paris, 2. Juli. Nach dem „Journal“ wird, um die Intrassierung des Friedensvertrags zu beschleunigen, alsbald nach dessen Ratifizierung durch Deutschland und durch drei der alliierten Mächte jeder dieser Mächte einen Delegierten bestimmen, der an die in Paris befindliche Versammlung die Erklärung einbringen wird, daß der Vertrag regelrecht bestätigt worden ist. Das Protokoll dieser Versammlung wird das unverzügliche Inkrafttreten des Vertrags bestimmen. Nach dem „Petit Journal“ nimmt man an, daß die Ratifizierung ungefähr in 14 Tagen erfolgen wird.

## Eine deutsche Note wegen der Blockade

Berlin, 2. Juli. Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles ist dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note überreicht worden:  
Herr Präsident! Auf die Note vom 28. Juni betr. die Aufhebung der Blockade beziehe ich mich. Ihnen folgendes mitzuteilen: Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, soweit sie von der ordnungsgemäßen und vollständigen Ratifikation des Friedensvertrags durch das Deutsche Reich amüßig Kenntnis erhalten, die Blockade schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrags aufzuheben. In dem Wunsch, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren und verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, will die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifikation erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft anfangs der nächsten Regierung von der erfolgten Beschlußfassung der alliierten Mächte und von der Unterzeichnung des Friedensvertrags durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können. Die deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geiste der zu der Befreiung einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßt hat, sich damit einverstanden erklären, daß, sobald die erwähnte Nachricht vorliegt, auch mit der Heimführung der deutschen Gefangenen aus Ihren Ländern begonnen wird.  
gez. Müller, Reichsminister des Auswärtigen.

## Ausschreitungen gegen die Deutschen in Spa.

Spaa, 2. Juli. Der in Spa zurückgebliebene deutsche Vorsteher der Deutschen Kommission, Herr v. Hammerstein, erklärte anlässlich der feindlichen Kundgebungen in Spa den Alliierten am 1. Juli in einer Protestnote u. a.: Vereits am 23. und 29. Juni hatten vor dem von der deutschen Waffenstillstandskommission bewohnten Hotel in Spa deutschfeindliche Demonstrationen stattgefunden. Ich hatte daher auf die Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes hingewiesen. Bei dem gestern Abend erfolgten Anmarsch eines Teiles der deutschen Waffenstillstandskommission ist es erneut zu starken deutschfeindlichen Kundgebungen gekommen. Trotzdem die Alliierten englischen und belgischen Sicherheitsorganen rechtzeitig bekanntgegeben worden war. Auf verschiedene Automobile wurden Steine geworfen. Einige derselben trafen die Frauen. Die belgischen und englischen Zivil- und Militärbehörden haben diese Ausschreitungen nicht verhindert. Ich erhebe daher gegen die Vorkommnisse den härtesten Protest. Ich bitte ferner Herrn General Ludant zu veranlassen, daß die Verlegung des Ortes der Waffenstillstandskommission auf deutsches Gebiet nunmehr befristet erfolgt.

## Das Los unserer Gefangenen.

Bern, 2. Juli. Ein stark genurierter Artikel des „Populaire“ beschäftigt sich mit dem Los der deutschen Kriegsgefangenen im Ressel-Gebiet. Die Gefangenen seien unglücklich wie die Schweine. Die Ernährungsverhältnisse seien furchtbar sein. Die Neuzeit hat aus diesem Abschnitt des Artikels nur den Vergleich mit den gelben Arbeitern, die in der gleichen Gegend sich befinden, ziehen lassen.

## Der Streik um Kiautschau.

Berlin, 2. Juli. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanz.“ aus Paris veröffentlicht die chinesische Friedensdelegation

eine amtliche Mitteilung, nach der Japan aufgefordert worden ist, Kiautschau nach der Ratifizierung des Friedens ohne jede Entschädigung an China zurückzugeben und daß die Verträge von 1915 und von 1918 für nichtig erklärt worden seien. Sollte sich Japan nicht darauf einlassen, so verleihe China einen entsprechenden Schadenersatz. Japan habe auf diese Forderung Chinas nicht geantwortet.

## Streikbewegung in Elsf-Lothringen.

Berlin, 2. Juli. Die „Voss. Ztg.“ berichtet über die Streikbewegung in Elsf-Lothringen, daß diese weiter um sich greife. So streiken die Arbeiter der großen Betriebe und Werke in Reithafen und Umgebungen. Desgleichen die Metallarbeiter, sowie die Bau- und Holzarbeiter. Auch im Transportgewerbe wird gestreift. Streiken auch sämtliche Arbeiter der Maschinenfabriken, Spinnereien, Webereien in Ober-Elsf.

## Verbilligung der Lebensmittel.

Berlin, 1. Juli. Der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen, Defer, erläßt folgende Bekanntmachung, nach der, den Wünschen der Eisenbahner folgend, die Regierung wertvolle Auslandslieferungen zu bedeutend herabgesetzten Preisen zur Verfügung stellt, die eine Aufwendung von 1 1/2 Milliarden erfordern und dem gesamten Volke zugute kommen. Der „Vossischen Zeitung“ wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß mit der Ausgabe der verbilligten Lebensmittel bereits nächsten Montag, den 7. Juli begonnen wird.

Berlin, 2. Juli. Der Magistratsbericht gibt bekannt, daß die Herabsetzung der Lebensmittelpreise für Groß-Berlin für Montag den 7. Juli eintreten wird. U. a. wird der Preis im einzelnen betragen für 1/2 Pfund Mehl etwa 44 3 statt bisher 1,10 3, 1 Pfund Speck etwa 4-1,20 3 statt wie bisher 7,40 3, alte Kartoffeln etwa 15 3 statt bisher 25 3, neue Kartoffeln 20 3.

## Krawalle in Dortmund.

Dortmund, 2. Juli. Heute Vormittag wurden auf dem Wochenmarkt sämtliche Verkaufshände zerstört und die Waren teilweise zu niedrigen Preisen verkauft, teils zerstört. Sicherheitswehr und Polizeimannschaften griffen ein, wobei Schüsse fielen. Es gab mehrere Schwerverwundete. Bis jetzt sind 6 getötet und anheimelnd auch Tote. Die erregte Menge wandte sich gegen die Sicherheitswehr und mißhandelte verschiedene Angehörige derselben. Die Unruhen dauern an.

## Die Druckfirma Vergöhl und Blankensheim.

Kraunfurt a. M., 1. Juli. Die hiesige Kriminalpolizei hat die falschgeldmünzende und verhaftet, die seit Monaten fabrikmäßig falsche 50 Mark-Reichsbanknoten herstellte und diese zu Tausenden in Süd- und Westdeutschland durch zahlreiche Geldwechsler absetzen ließ. Der geistige Leiter des Unternehmens war der etwa 30 Jahre alte Schreiner Friedrich Vergöhl, der Bruder der 25jährige Obermaschinenmeister Karl Blankensheim aus Nürnberg, letzterer druckte die Scheine abwechselnd in Kraunfurt a. M. und in Nürnberg. In Köln befand sich eine Zweigdruckerei. Besonderen Absatz fanden die Scheine im Ruhrgebiet, besonders in Dortmund, Düsseldorf und Köln, in Essen legte der Schwager des Vergöhl, der 25jährige Handlungsgeselle Daipar Bonk, an einem Tage allein für 12 000 M. ab. 20 000 M. wurden ihm in einer Nacht in einem Hotel gestohlen, wobei sie dann an einem Stück 12 M. verdienten. Dem Vergöhl mußten sie alltäglich 3800 M. in Werbetrieben nach Kraunfurt a. M. schicken. Auch die Offenbacher falschen 20 Mark-Scheine, mit denen im Frühjahr das Rheingebiet völlig überschwemmt wurde, so daß die Stadt Offenbach alle von ihr herausgabten 20 Mark-Scheine für ungültig erklären mußte, entstanden in der Fabrik von Vergöhl und Blankensheim.

## Kleine Nachrichten.

Der Rest der deutschen Flotte. Vorgesestern Abend sind die restlichen Schiffe der deutschen Flotte, die noch in Bellenweils-laid sich befanden, nach Hansbeert gebracht worden. Sie werden von englischen Schleppern nach Antwerpen geschleppt werden. Die deutschen Besatzungen sind gestern nach Deutschland zurückgeführt.

Lebensmittelkrawalle. Das Berliner Tageblatt meldet, daß die Tagung der Tarifkommission der Schauspieler- und Direktorenverbände in Kottbusburg a. d. Lauder vorgestern nach durch Angriffe der Arbeiterschaft gestört wurde. Mehrere hundert Arbeiter besetzten die beiden Kottbusburger Bahnhöfe. Anordnungen begaben sich in das Genossenschaftsheim Wildbad und durchsuchten das Gebäude und die Anlagen vergebens nach Lebensmitteln.

Das Hebersee-Luftschiff. Das Luftschiff „M. 34“ ist um 1.30 Uhr Greenwicher Zeit von Schottland nach Amerika abgefahren.

Spzialistische Tagelieder. Am 30. März erschienen in Weimar vier Delegierte der früher zum größten Teil gelben Belegschaften der Kruppischen Werke „Hannover“ und „Gannibal“, um von der Reichsregierung die Erfüllung der bekannten parafassischen Forderungen zu verlangen. Auf die Frage, warum sie sich nicht mit den Bergarbeiterverbänden in Einvernehmen setzten, erklärten sie, daß diese ihnen nichts bedeuteten, ihnen Wurz seien. Sie seien gekommen, um die Forderungen der Reinerkommission durchzusetzen und wenn diese nicht bewilligt würden, dann ginge es hoch her im Ruhrgebiet; dann könnten die Strafen erlassen und der wirtschaftliche Niederkunft erfolgen, das sie ihnen gleichgültig.

Diese vier „revolutionären“ Führer haben sich ihre Reise sehr gut bezahlt lassen. Aus Vorhubsgebern haben sie für ihre Reisekosten zurückgehalten: der eine 910.50 M., der zweite 681 M., der dritte 649 M. und der vierte 300 M. Nach Abzug der Fahrtkosten ergeben sich — es handelte sich um eine dreitägige Reise — Speisen von 292.10 M., 215.80 M., 204.98 M. und 58.00 M. für den Tag!

Und solche Leute werfen den Gewerkschaftsübern vor, daß sie sich „von Arbeiterprossen nütten“.

### Die badische Sozialdemokratie und der Friede.

Von den badischen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung in Weimar wird uns mitgeteilt:

Angesichts der ungeheuren Wichtigkeit der Parlamentsverhandlungen der verflochtenen Woche waren die fünf badischen Vertreter unserer Partei in Weimar — die Genossen Oskar Ged. Raminheim, Stod. Seidelberg, Rüdert-Karlsruhe, Trinks-Karlsruhe und Niedmüller-Emmendingen — bereits von Dienstag ab vollzählig in Weimar versammelt, um die Stellung ihrer Wähler in den Beratungen über die Schicksalsfrage: „Unterzeichnen oder ablehnen?“ mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen. Es sei dabei festgestellt, daß wir fünf von vornherein einmütig und ohne jedes Schwanken auf dem Standpunkt standen, daß dem deutschen Volke angesichts der Lage der Dinge, wie sie sich nach dem Entente-Ultimatum vom 16. v. Mts. gestaltet hatten, nur das Eine übrig blieb: bedingungslos und ohne alle Winkelzüge zu unterzeichnen. Darnach richteten wir auch von Anfang der Fraktionsberatungen an unsere Haltung. Genosse Oskar Ged., unser Sprecher, schilderte zunächst in der denkwürdigen Fraktionsitzung vom Nachmittag des Freitagvormittags (19. Juni) in tief bewegten Worten die Lage seiner durch die feindliche Invasion unmittelbar bedrohten Heimat Baden und warnte an der Hand von zuverlässigen Informationen eindringlich vor der Illusion, daß das französische Ober- und sofortigen Vornarich nach Ablehnung des Ultimatum irgendwelche Schwierigkeiten bereiten könnte. Seine Darlegungen machten auf die Fraktion tiefen Eindruck und trugen nicht wenig dazu bei, die ursprünglich befanntlich circa 40 Köpfe starke Fraktions-Minderheit zugunsten der Ablehnung im Laufe der nächsten Tage immer mehr herabzubringen.

Von geradezu entscheidender Bedeutung war das Auftreten des Genossen Oskar Ged. jedoch in der schicksalsschwangeren Fraktionsitzung in der Nacht von Freitag zum Samstag (20.—21. Juni), als es galt, in letzter Stunde die verhängnisvolle Zwischennote zu Fall zu bringen, die auf Betreiben der die Unterzeichnung bewußt sabotierenden Demokraten mit den belagerten Punkten nach Versailles gesandt werden sollte. Der interparlamentarische Ausschuß der Regierungsparteien und die Regierung waren sich bekanntlich über die Abfertigung der Note einig geworden, und die Übermittlung der letzteren nach Versailles ward dem zuständigen Amt bereits übertragen. Da warf das entschlossene Tageszentrum unserer Fraktion in der 10. Abendstunde diese ganze Situation über den Haufen, und man kann ruhig sagen, daß die Note, in der Genosse Oskar Ged. dabei vor den katastrophalen Gefahren warnte, die sich aus einer solchen Verschleppung der Entscheidung bis in die zwölfte Stunde für die zunächst von der feindlichen Invasion bedrohten Gebiete ergeben müßten, zu den dramatisch bewegtesten Momenten der Tag- und Nacht fortgesetzt, aufreißenden und innerlich tief erschütternden Fraktionsdebatten gehörte. Die unnahegebliebene Haltung der Entente in den letzten beiden Tagen vor der Entscheidung hat gezeigt, wie richtig die Haltung unserer Fraktion war, und wie verhängnisvoll insbesondere für den unbesetzten Westen und Südwesten Deutschlands die ursprüngliche Absicht des Parlaments hätte werden können, die entscheidende Sitzung der Nationalversammlung mit der Abstimmung über den Frieden erst am Montag, den 23. Juni, abzuhalten. Gerade gegen diesen Plan wendete sich Genosse Ged. mit lebensschärflicher Schärfe, indem er die Fraktion beschwor, sich in den Seelenzustand der westlichen Grenzgebiete rechts des Rheins zu versetzen, deren Bevölkerung nicht vor einer schlimmen Panik zu schützen gewesen wäre, wenn man sie über das schicksal des Friedens auch am Montag noch ohne Gewißheit gelassen hätte. (Die Vorgänge in verschiedenen Teilen Badens legten Montag infolge der neuen, unvorhergesehenen Komplikationen in Weimar haben gezeigt, wie richtig diese Auffassung unserer Landsleute in der Weimarer Fraktion war. Neb.

Es wurde das Schlimme schließlich verhütet, und wir fünf Badener hatten die Genugtuung, schließlich fast die ganze Partei-Fraktion mit nur wenigen Ausnahmen auf unserer Seite zu sehen, nicht zuletzt durch unser entschiedenes und entschlossenes Auftreten und dank der Unterstützung, die uns dabei die Heimat — Landesfraktion, Zentralkomitee in Karlsruhe ufo. — durch ihre eindringlichen telegraphischen Vorstellungen gutwillig leisten lieh.

### Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

10 Nachdruck verboten.

In einem Gefäß, das sie manchmal überwältigte, angefüllt dieses weiten Himmels, der wie ein Meer über dem Meer der Feder schwimmt, ohne Ufer, ohne Begrenzung, schauerte die Einsamkeit. Am wirklichen Meer war sie gewesen, die mächtigen Wogen der Nordsee hatte sie aufgewühlt im Sturm gesehen und auch wieder glatt. Ihr Mann hatte sie auf Schweizerjagd geführt — sie standen auf einem sehr hohen Berg und sahen unter sich alle Schätze der Natur und ihre Herrlichkeit; im sich teilenden Grauen der Morgennebel glänzte die Weite der Welt zu ihnen herauf, und sie selber waren ein junges Paar im ersten Staube nicht endenden Glücks gewesen — aber nie, nie war ihr die ewige Unendlichkeit so klar geworden wie hier.

Starren Auges schaute sie. Da, grad aus, Rocheda-Dorf, der Turm der schwarzen Holzirche zeigte es weithin! Dort Chwaliborzepel! Ganz auf der andern Seite: Brzborowo mit Mastberg, dem kleinen Landsäßchen, im Rücken! Und dort grüßte der Deutscher Berg! „Dyla Gora“, Kallberg, wie ihn die Leute nannten. Jeden Gutskomplex — eine Insel im Meer — wußte sie zu benennen; wußte, wie viel Pappeln die dünne Mee von Chwaliborzepce zählte, hatte achtmal schon die bornigen Magien von Brzborowo blühen und sich entblättern gesehen, war so glücklich hier und doch — sie küßte die Nebel der Niederung, die um Sonnenuntergang plötzlich schauerten, durchs leichte Sommerkleid kalt auf der Haut.

„Gams-Martin“, rief sie fröhlich, „Gams-Martin, wo bist du?“

„Wo bist du?“ rief sie fröhlich, „Gams-Martin, wo bist du?“

„Wo bist du?“ rief sie fröhlich, „Gams-Martin, wo bist du?“

„Wo bist du?“ rief sie fröhlich, „Gams-Martin, wo bist du?“

„Wo bist du?“ rief sie fröhlich, „Gams-Martin, wo bist du?“

### Badischer Landtag.

gr. Eingang der gestrigen Landtagsitzung gab Finanzminister Wirth einen Ueberblick über die badische Finanzlage, der reich mit allgemeinen Perspektiven durchsetzt war. Die großen Fehlbeträge der Eisenbahnverwaltung, der starke Fehlbetrag bei der allgemeinen Staatsverwaltung, das Anwachsen der Staatsschuld stürmen sehr ernst, jedoch der Minister mit Recht das ganze Volk auf diese Erscheinungen aufmerksam machte. Um die Kosten zu decken, müssen vor allem die Kapitalisten herangezogen werden, wie dies auch in der vorliegenden Steuerentwurf zum Ausdruck kommt. Daneben läßt es sich jedoch nicht umgehen, daß alle Volksschichten an den Lasten mittragen. Deshalb muß, wie der Minister in seinen präzisen und klaren Ausführungen erklärte, die Arbeitskraft des ganzen Volkes in Anspruch genommen werden, um aus der Schulden- und Defizitwirtschaft heraus zur Genesung zu kommen.

Der Rest der Sitzung war der Unversittlichkeit gewidmet. Zur Belohnung seiner fröhlichen Streitbarkeit legte sich der demokratische Herr Soldermann für die Juristen ein, während Strauß vom Zentrum sich mit der Belegung des durch den Rücktritt von Professor Krastke erledigten Freiburger Lehrstuhles beschäftigte. In längeren Ausführungen verteidigte nochmals Herr Unterrichtsminister Hummel sein Messer gegen das nach seiner Ansicht vorgenommene Antidat. In kürzeren Ausführungen äußerten sich dann noch einige weitere Redner zu der Antipellation, die in der nächsten Sitzung am Freitag vormittag zum Abschluß kommen wird.

### 33. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 2. Juli 1919.

Präsident Kopp eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort Finanzminister Wirth:

Ich möchte einleiten eine Uebersicht über unsere Finanzlage geben. Es ist mir ein Bedürfnis, einige Zahlen hier öffentlich zu nennen, damit sie im Lande draußen bekannt werden. Denn man wird wohl die Hoffnung hegen, daß die Einsicht in die Finanzlage des Staates Baden, wie des Reiches, auch in ihren politischen Entscheidungen begünstigen könnte. Ich beginne mit dem Zustand unseres Staates, das ist die Eisenbahnverwaltung, die badische Staatsbahn. Der Wirtschaftsnachweis der Eisenbahnbetriebsverwaltung schließt ab mit einer voraussichtlichen Jahresausgabe von 242.500.000 M. und einer voraussichtlichen Jahreserinnahme von 180 Millionen Mark, also mit einem zum Eisenbahnbetriebe notwendigen Zuschusse von rund 62.500.000 M. (Vgl. Dr. Schöper, Hör, hört) und einem Betriebsabnehmerverhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen von 151 Prozent gegen das vor dem Kriege schlechteste von 85,92 Prozent im Jahre 1908 (Hör, hört). Das ist ein Ausmaß, das in keinem anderen Eisenbahnbetriebe der Welt zu finden ist. Bei der für den Eisenbahnbetrieb ausschlaggebenden Rolle muß mit einer weiteren Verteuerung des Brennstoffaufwandes für 1919 mit 5 Millionen Mark gerechnet werden. Mit sonstigen sachlichen Ausgabeerigerungen ergibt sich eine

voraussichtliche Jahresausgabe für 1919 von 321 Millionen Mark. Ich resümiere: Die Arbeitsbeschaffung, die Milderung der Wohnungsnot, das sind Maßnahmen, die nicht nur soziale, sondern auch die höchste politische Bedeutung haben, und daß aus sozialen und politischen Gründen mit diesen Arbeiten vorwärts geschritten werden muß, wenn wir nicht den ganzen Staat gefährden wollen. Bei den Einnahmen hat der Personenverkehr im März eine halbe, im April drei-

viertel Millionen Mark mehr gebracht. Wenig günstig läßt sich der Güterverkehr an der im März 12, im April trotz der Tarifserhöhung 1 Million Mark weniger geliefert hat, als im Vorjahre. Wird die Jahreserinnahme um 7 Millionen Mark höher angenommen als geschätzt wurde, nämlich mit 187 Millionen, so ergibt sich gegenüber der voraussichtlichen Jahresausgabe von 321 Millionen Mark ein Fehlbetrag von 134 Millionen Mark und eine Betriebszahl von 192 v. H. Dazu kommt aber noch das Erfordernis für die Verzinsung der Eisenbahnschuld, von der Tilgung ganz ab, ob es gelingt. Nehmen Sie das Erfordernis für die Tilgung dazu, dann stehen Sie am Ende des Jahres vor einem sogenannten (ich sage mit Absicht: sogenannten) Fehlbetrage von annähernd 200 Millionen Mark in der Eisenbahn allein. Ueber den Stand an Fahrzeugen ist folgendes zu sagen: Er beträgt im ganzen zurzeit 867 eigene Lokomotiven. Der Durchschnittszustand dieser Lokomotiven kann nicht als gut bezeichnet werden. Auf sehr große Schwierigkeiten stehen die Reparaturen und die Beschaffung von neuen Fahrzeugen. Trotzdem wurden 17 Schnellzuglokomotiven, 33 Güterzuglokomotiven und 43 Tenderlokomotiven vergeben. Die Lieferung des Materials vollzieht sich aber wegen Mangels an Holz und Kohlenstoffen, die Einwirkung von Ausständen, äußerst schleppend. — Ich gehe über zur Betriebs- und Verkehrsfrage.

Stand der Eisenbahnschuldentilgungsfrage.

Im Jahre 1918 ist die Eisenbahnschuld auf 600 Millionen Mark gestiegen und bis zum Ende dieses Jahres wird die Eisenbahnschuld, wenn man die fehlende Verzinsung und Amortisation hinzurechnet, auf den exorbitanten Stand von 796.828.000 M. zu stehen kommen. Das ist keine Gleichgültigkeit für uns, denn wir stehen vor dem Abschluß der Reichsverfassung, die die Reichseisenbahn zum Siege bringen wird. Wie es im Reiche gehen soll, wenn wir Reichseisenbahnen haben werden, wenn diese Defizitwirtschaft weitergeführt werden soll, das vermag ich nicht mehr zu übersehen. Es ist aber nicht die Eisenbahn allein, die dem Reiche in der Zukunft Sorgen macht, bei der Post haben wir bereits ähnliche Verhältnisse. Ich habe gehört, daß im Mai das Defizit bei der Reichspost 225 Millionen Mark betrug, das wären 2 Milliarden für das Jahr. Ja, wie denkt sich nun die Angelegenheit bei der Eisenbahn wie bei der Post die fünfjährige Entwidlung dieser Betriebe? Was in Berlin vor sich geht, ist mit dem Reiche

„Jrsinn“ nicht genügend gekennzeichnet. Allein die Personalforderungen übersteigen bei weitem das, was wir für Material ausgeben müssen. Ich verkenne gar nicht die Notwendigkeit der Lebensmittelbeschaffung. Das muß ich allerdings ganz offen auch hier sagen: Der Bahnsinn des Wärsers und die Auswanderung unserer armen Völker wird auf die zurückzuführen, die diesem Wärsersgeiste Vorzug geleistet haben. Darüber sind wir uns klar. Aber das entsetzt doch die Regierung wie den Finanzminister nicht der Sorge, wie diese Milliarden schließlich einmal zu beden sind und wie diese Defizitwirtschaft aufrecht erhalten werden kann. Es ist unmöglich, daß in den nächsten Jahren aus allgemeinen Staatsmitteln heraus für die Eisenbahnen derartig gewaltige Zuschüsse geleistet werden. Wenn man die Reden des Eisenbahnministers, Herrn Deser, liest, so wird es auch uns in Baden etwas schädel vor den Augen. Ich habe aber eine Hoffnung: Wir sind den Wünschen des Eisenbahnpersonals im Lohnstarke und jetzt den Beamten mit der Ausgleichszulage und bei der Regelung der Dienst- und Ruhezeiten weitgehend entgegengekommen, daß ich hoffe, daß die neue Welle, die von Berlin aus über das ganze Reich gehen soll, an den Grenzen unseres badischen Heimatlandes halt machen wird. Kommen neue Forderungen, so werde ich, auch

Und als ob die andre instinktiv diese Enttäuschung fühle, hielt auch sie sich mehr zurück. Schweigend blickten beide hinaus auf die Ebene, in den lastenden Horizont, den flammende Abendröte wie mit blutigen Schwertern zerfetzte. Als Helene jetzt ihren Mann sehr eilig zwischen den Anfielern daherkommen sah, unterdrückte sie nicht einen Wortwurf: „Aber Gams-Martin — endlich!“

„Verzeih! Ungeduldig geworden, mein Herr?“ Helene verzeih! Es hatte mich so interessiert! Herr Bräumer hat mir seine ganze Stelle, seinen Bau, seinen Aker, kurz, alles was drum und dran, gezeigt!“ Dolechka war anwesend erregt und reichste beiden Männern die Hand zum Abschied: „Es wird jetzt schon werden, wird ganz famos werden! Auf Wiedersehen!“

„Du“, sagte Helene leise, als sie am Arm ihres Mannes zum Wagen schritt, „die sind katzenhaft. Und ich dachte doch, hier sollten nur ewangelische her?“ Es klang bedauernd: „So nette Leute!“

„Ja, das läßt sich nun doch nicht ganz streng durchführen, diese Sonderung der Konfessionen. Aber was machst's, es sind doch wenigstens Deutsche!“ Der Traber, der bis dahin lammfromm gestanden, stuzte plötzlich, nun sie einsteigen wollten. Unruhig zog er an, fiel wild und brallte dann zur Seite, grade noch, daß Dolechka ihn vom Graben zurückdrückte. Eine Staubwolke kam vom Dorf her über die Fieber gelagert, und in der Staubwolke war Weißkugelnknall, Pferdetrappel und Hundgebell. „Aha, die Gamsknecht!“ Nicht angenehm überträgt sagte Helene nach dem Arm ihres Mannes. Da war auch schon der hochwürdige Jagdwagen, glänzend lackiert, mit viel Rot an den Rädern, und innen die Sitze hell ausgeblagen. „Attrappiert, meine Herrschaften! Se — halt!“ Auf einen Knall standen die vier jungen Pferde neben dem Kutschknecht, mit schneidenden Klüffeln, noch ähnelnd vor Erregung, und läckerten ins Gebiß. Zwei enastische Dozgen, riesige Tiere mit Stachelbalsbändern, schnackten dumpf belend nach den Mäul.

(Fortf. folgt.)

viertel Millionen Mark mehr gebracht. Wenig günstig läßt sich der Güterverkehr an der im März 12, im April trotz der Tarifserhöhung 1 Million Mark weniger geliefert hat, als im Vorjahre. Wird die Jahreserinnahme um 7 Millionen Mark höher angenommen als geschätzt wurde, nämlich mit 187 Millionen, so ergibt sich gegenüber der voraussichtlichen Jahresausgabe von 321 Millionen Mark ein Fehlbetrag von 134 Millionen Mark und eine Betriebszahl von 192 v. H. Dazu kommt aber noch das Erfordernis für die Verzinsung der Eisenbahnschuld, von der Tilgung ganz ab, ob es gelingt. Nehmen Sie das Erfordernis für die Tilgung dazu, dann stehen Sie am Ende des Jahres vor einem sogenannten (ich sage mit Absicht: sogenannten) Fehlbetrage von annähernd 200 Millionen Mark in der Eisenbahn allein. Ueber den Stand an Fahrzeugen ist folgendes zu sagen: Er beträgt im ganzen zurzeit 867 eigene Lokomotiven. Der Durchschnittszustand dieser Lokomotiven kann nicht als gut bezeichnet werden. Auf sehr große Schwierigkeiten stehen die Reparaturen und die Beschaffung von neuen Fahrzeugen. Trotzdem wurden 17 Schnellzuglokomotiven, 33 Güterzuglokomotiven und 43 Tenderlokomotiven vergeben. Die Lieferung des Materials vollzieht sich aber wegen Mangels an Holz und Kohlenstoffen, die Einwirkung von Ausständen, äußerst schleppend. — Ich gehe über zur Betriebs- und Verkehrsfrage.

Stand der Eisenbahnschuldentilgungsfrage. Im Jahre 1918 ist die Eisenbahnschuld auf 600 Millionen Mark gestiegen und bis zum Ende dieses Jahres wird die Eisenbahnschuld, wenn man die fehlende Verzinsung und Amortisation hinzurechnet, auf den exorbitanten Stand von 796.828.000 M. zu stehen kommen. Das ist keine Gleichgültigkeit für uns, denn wir stehen vor dem Abschluß der Reichsverfassung, die die Reichseisenbahn zum Siege bringen wird. Wie es im Reiche gehen soll, wenn wir Reichseisenbahnen haben werden, wenn diese Defizitwirtschaft weitergeführt werden soll, das vermag ich nicht mehr zu übersehen. Es ist aber nicht die Eisenbahn allein, die dem Reiche in der Zukunft Sorgen macht, bei der Post haben wir bereits ähnliche Verhältnisse. Ich habe gehört, daß im Mai das Defizit bei der Reichspost 225 Millionen Mark betrug, das wären 2 Milliarden für das Jahr. Ja, wie denkt sich nun die Angelegenheit bei der Eisenbahn wie bei der Post die fünfjährige Entwidlung dieser Betriebe? Was in Berlin vor sich geht, ist mit dem Reiche

„Jrsinn“ nicht genügend gekennzeichnet. Allein die Personalforderungen übersteigen bei weitem das, was wir für Material ausgeben müssen. Ich verkenne gar nicht die Notwendigkeit der Lebensmittelbeschaffung. Das muß ich allerdings ganz offen auch hier sagen: Der Bahnsinn des Wärsers und die Auswanderung unserer armen Völker wird auf die zurückzuführen, die diesem Wärsersgeiste Vorzug geleistet haben. Darüber sind wir uns klar. Aber das entsetzt doch die Regierung wie den Finanzminister nicht der Sorge, wie diese Milliarden schließlich einmal zu beden sind und wie diese Defizitwirtschaft aufrecht erhalten werden kann. Es ist unmöglich, daß in den nächsten Jahren aus allgemeinen Staatsmitteln heraus für die Eisenbahnen derartig gewaltige Zuschüsse geleistet werden. Wenn man die Reden des Eisenbahnministers, Herrn Deser, liest, so wird es auch uns in Baden etwas schädel vor den Augen. Ich habe aber eine Hoffnung: Wir sind den Wünschen des Eisenbahnpersonals im Lohnstarke und jetzt den Beamten mit der Ausgleichszulage und bei der Regelung der Dienst- und Ruhezeiten weitgehend entgegengekommen, daß ich hoffe, daß die neue Welle, die von Berlin aus über das ganze Reich gehen soll, an den Grenzen unseres badischen Heimatlandes halt machen wird. Kommen neue Forderungen, so werde ich, auch

Und als ob die andre instinktiv diese Enttäuschung fühle, hielt auch sie sich mehr zurück. Schweigend blickten beide hinaus auf die Ebene, in den lastenden Horizont, den flammende Abendröte wie mit blutigen Schwertern zerfetzte. Als Helene jetzt ihren Mann sehr eilig zwischen den Anfielern daherkommen sah, unterdrückte sie nicht einen Wortwurf: „Aber Gams-Martin — endlich!“

„Verzeih! Ungeduldig geworden, mein Herr?“ Helene verzeih! Es hatte mich so interessiert! Herr Bräumer hat mir seine ganze Stelle, seinen Bau, seinen Aker, kurz, alles was drum und dran, gezeigt!“ Dolechka war anwesend erregt und reichste beiden Männern die Hand zum Abschied: „Es wird jetzt schon werden, wird ganz famos werden! Auf Wiedersehen!“

„Du“, sagte Helene leise, als sie am Arm ihres Mannes zum Wagen schritt, „die sind katzenhaft. Und ich dachte doch, hier sollten nur ewangelische her?“ Es klang bedauernd: „So nette Leute!“

„Ja, das läßt sich nun doch nicht ganz streng durchführen, diese Sonderung der Konfessionen. Aber was machst's, es sind doch wenigstens Deutsche!“ Der Traber, der bis dahin lammfromm gestanden, stuzte plötzlich, nun sie einsteigen wollten. Unruhig zog er an, fiel wild und brallte dann zur Seite, grade noch, daß Dolechka ihn vom Graben zurückdrückte. Eine Staubwolke kam vom Dorf her über die Fieber gelagert, und in der Staubwolke war Weißkugelnknall, Pferdetrappel und Hundgebell. „Aha, die Gamsknecht!“ Nicht angenehm überträgt sagte Helene nach dem Arm ihres Mannes. Da war auch schon der hochwürdige Jagdwagen, glänzend lackiert, mit viel Rot an den Rädern, und innen die Sitze hell ausgeblagen. „Attrappiert, meine Herrschaften! Se — halt!“ Auf einen Knall standen die vier jungen Pferde neben dem Kutschknecht, mit schneidenden Klüffeln, noch ähnelnd vor Erregung, und läckerten ins Gebiß. Zwei enastische Dozgen, riesige Tiere mit Stachelbalsbändern, schnackten dumpf belend nach den Mäul.

(Fortf. folgt.)

Und als ob die andre instinktiv diese Enttäuschung fühle, hielt auch sie sich mehr zurück. Schweigend blickten beide hinaus auf die Ebene, in den lastenden Horizont, den flammende Abendröte wie mit blutigen Schwertern zerfetzte. Als Helene jetzt ihren Mann sehr eilig zwischen den Anfielern daherkommen sah, unterdrückte sie nicht einen Wortwurf: „Aber Gams-Martin — endlich!“

„Verzeih! Ungeduldig geworden, mein Herr?“ Helene verzeih! Es hatte mich so interessiert! Herr Bräumer hat mir seine ganze Stelle, seinen Bau, seinen Aker, kurz, alles was drum und dran, gezeigt!“ Dolechka war anwesend erregt und reichste beiden Männern die Hand zum Abschied: „Es wird jetzt schon werden, wird ganz famos werden! Auf Wiedersehen!“

„Du“, sagte Helene leise, als sie am Arm ihres Mannes zum Wagen schritt, „die sind katzenhaft. Und ich dachte doch, hier sollten nur ewangelische her?“ Es klang bedauernd: „So nette Leute!“

„Ja, das läßt sich nun doch nicht ganz streng durchführen, diese Sonderung der Konfessionen. Aber was machst's, es sind doch wenigstens Deutsche!“ Der Traber, der bis dahin lammfromm gestanden, stuzte plötzlich, nun sie einsteigen wollten. Unruhig zog er an, fiel wild und brallte dann zur Seite, grade noch, daß Dolechka ihn vom Graben zurückdrückte. Eine Staubwolke kam vom Dorf her über die Fieber gelagert, und in der Staubwolke war Weißkugelnknall, Pferdetrappel und Hundgebell. „Aha, die Gamsknecht!“ Nicht angenehm überträgt sagte Helene nach dem Arm ihres Mannes. Da war auch schon der hochwürdige Jagdwagen, glänzend lackiert, mit viel Rot an den Rädern, und innen die Sitze hell ausgeblagen. „Attrappiert, meine Herrschaften! Se — halt!“ Auf einen Knall standen die vier jungen Pferde neben dem Kutschknecht, mit schneidenden Klüffeln, noch ähnelnd vor Erregung, und läckerten ins Gebiß. Zwei enastische Dozgen, riesige Tiere mit Stachelbalsbändern, schnackten dumpf belend nach den Mäul.

(Fortf. folgt.)

(Fortf. folgt.)

(Fortf. folgt.)

Wenn sie mit noch so großer Macht vertreten werden, unter allen Umständen das Nein aussprechen. Ich bin mir aber klar, daß mit dem Nein allein die großen sozialen Fragen, die in der Lebensmittelpflichtung gipfeln, nicht erloscht sind. Die Leistungslosigkeit der Menschen in der Lebensmittelpflichtung ist an ihrer Grenze angelangt. Die Beschaffung wird eine eminente Staatsaufgabe. An die Eisenbahner, an die Arbeiter und an die Beamten der ganzen Staatsverwaltung richte ich die Bitte, sie möchten einmal die Neben der deutschen Finanzminister studieren. Die Gesetzentwürfe, die jetzt in der Nationalversammlung in Weimar vorliegen, werden

**tief in den Geldbeutel**

anferes Volkes greifen. — Nun ein Wort an die Eisenbahner. Es ist draußen vielfach die Meinung verbreitet, als ob der Eisenbahnminister ein Vertreter des kapitalistischen Systems wäre. Wenn ein Mehrwert herausgewirtschaftet wurde, dann haben wir, daß der Eisenbahnschuld getilgt. Ich möchte hoffen und wünschen, daß durch eine in der Form der kommenden Räte gestaltete Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten bei der Eisenbahn gerade der Einblick in die Finanzgebarung dieser großen Betriebe für die Führer dieser Organisationen erleuchtet und maßgebend einwirken werde (Sehr gut). Ich begrüße die Etablierung der Räte in der Verfassung und die erste Frage, die dann kommen wird, wenn die Räte zusammentreten, wird die Frage der Finanzlage sein. — Ich wende mich mit wenigen Worten zur

**Finanzlage der allgemeinen Staatsverwaltung.**

Nach den vorläufigen Feststellungen schießt das Rechnungsjahr 1918 für die allgemeine Staatsverwaltung mit folgenden Zahlen ab: Mit Ausgaben von 229 985 000 M., die Einnahmen mit 243 321 000 M., das bedeutet eine Mehreinnahme von 13 288 000 M. Das ist aber nur ein rechnerisches Ergebnis. Unter den Einnahmen sind nämlich etwa 83 000 000 M. Familienunterstützung, die die bürgerliche Staatsklasse den Gemeinden erweist und die dem Reich zurückzuführen hat. Läßt man diesen Betrag unberücksichtigt, so vermindert sich der Ueberschuß in einem Fehlbetrag von 70 000 000 M. Für das Jahr 1919 ist mit einem Fehlbetrag von rund 115 000 000 M. im außerordentlichen Etat zu rechnen, demgegenüber steht der Einnahmehüberschuß im ordentlichen Etat mit 12 762 000 M., jedoch sich in letzter Linie ein Fehlbetrag von rund 102 000 000 M. ergeben wird. Bei einem Fehlbetrag im außerordentlichen Etat von rund 115 000 000 M. ergebe sich damit ein durch Schuldaufnahme zu bedeckender Betrag von rund 75 000 000 M. Diese müssen für dieses Jahr aufgebracht werden. Die Familienunterstützungen laufen weiter und wir müssen bei diesen Familienunterstützungen aller Voraussicht nach weitere 6 000 000 M. einstellen. Der Stand unseres Guthabens beim Reiches dafür betrug am 1. Januar 1919 213 156 019 M. Wir haben beim Reiches zu fordern bis Ende Mai 229 535 835 M. Das Reich hat davon Anfang Juni 38 000 000 M. kurzbezahlt. Am Ende des Jahres müssen wir mit einer Schuld von 191 000 000 M. für diese Unterzählungen rechnen.

**Die Schuld,**

die wir zu bezinsen haben werden, wird rechnerisch 465 000 000 M. betragen. Von den Anleihekrediten der Eisenbahnschuldentilgungskasse bleibt noch ein Rest von 139,7 Mill. Von den Kriegskrediten besteht ein Restbetrag von 27,2 Mill. Angesichts dieser Lage ist es begreiflich, wenn in der jetzigen Staatsregierung der Gedanke lebendig geworden ist, vor dem Landtag mit einer neuen Steuerborlage zu treten. Wir wollen uns von dem Gedanken leiten lassen: Heraus aus der Schuldenwirtschaft! (Lebhafte Zustimmung). Der Antrag des Ausschusses zur Einkommensteuer und zur Vermögenssteuer wird geschätzt auf rund 114 000 000 M. Wir legen Wert darauf, daß diese Vorlage möglichst bald verabschiedet wird. Wir wollen, so lange wir noch die Möglichkeit haben, aus dem Steuerloophole mit dem kleinen bürgerlichen Pöbel zu schöpfen, etwas herausholen, ehe das Reich mit dem großen Schöpfel und diese Möglichkeit genommen hat. Es wird sich fragen, was für Kulturaufgaben im Lande Baden in Zukunft übrig bleibt. Die Arbeitskraft und das Opfer des ganzen Volkes wird erforderlich werden, um das Ungeheure, was das Reich an Finanzen in Aussicht genommen hat, irgendwie einzulösen zu können. Der Landtag möge sich die Vorlage ansehen und sie prüfen auf ihren sozialen Charakter. Am Krieges haben wir im Reiches eine völlig verkehrte Finanzpolitik geführt und die Theorien des Herrn Helfferich haben uns ins Elend gebracht. Das Zukunftsleben einzelner Teile des Volkes muß abgebaut werden. Niemand würde so viel Champagner getrunken als während des Krieges. Progressiv muß die Steuerfrahre angelegt werden (Lebhafte Beifall).

Darauf folgt die

**Fortsetzung der Universitätsdebatte.**

Abg. Gohmertmann (Dem.) weist auf die Bewegung für die Volkshochschule in der bürgerlichen Bevölkerung hin. Auch religiöse Fehlsinn und Probleme sollten in den Volkshochschulkursen behandelt werden. Man möge den Studenten eine sonnige Zukunft gönnen. Man sollte billige Mittagstische für Studenten schaffen, statt sie der Ausbeutung der Wirte zu überlassen. Das Rechte möchte ich nicht absolut beurteilen, damit die Jugend gewandt wird. Der Entente muß gesagt werden, daß Gewalt wieder Gewalt erweckt. Die Wissenschaft darf weder politisiert noch konfessionalisiert werden. Ebenso muß die freie Selbstverwaltung der Universitäten erhalten bleiben.

Abg. Strauß (Ztr.) wendet sich gegen Dr. Gohmertmann, der anscheinend eine unwahre Vorlesung hält. Gohmertmann wollte darlegen, daß die ordentlichen Professoren noch nie ein Wasserlein trübten. Wenn man berücksichtigt, wie man auf jener Seite nicht nur die gläubigen Katholiken, sondern auch die gläubigen Juden behandelt, so muß man verstehen, wenn ein offenes Wort gesprochen wird. Gegen die Berufung des Geheimrats Dr. Leger nach Freiburg wäre an sich nichts zu sagen, doch wirft die Art, wie die Berufung vor sich ging, ein merkwürdiges Licht auf die jetzigen Verhandlungen. Geheimrat Leger verlangt die Anstellung zweier jüngerer Dozenten und zweier Assistenten, die er mit sich bringt. Dafür sollten 4 Freiburger Assistenten entlassen werden. Erreuerlicherweise weigerte sich Geheimrat Krause, der bisherige Leiter der Klinik, dies zu tun. Ferner will Herr Geheimrat Leger seine Operationschweizer mitbringen, wodurch die vorhandenen barmherzigen Schweizer herabgedrückt werden. Ich frage nun die Regierung, wie sich die Tatsache verhält, daß Geheimrat Leger die 4 Assistenten und die Operationschweizer mitbringt? Sollte es stimmen, so würde es uns befremden. Wir müssen der Regierung sagen, was wir uns in Baden bieten lassen und wie weit wir nicht mehr mitgehen.

Vizepräsident Müller rügt den Ausspruch „unwahre Vorlesung“ in den Ausführungen des Vorredners.

**Minister Summel:**

Trotz aller Einwendungen stehe ich auf dem Standpunkt, daß Reformen von Selbstverwaltungskörpern durch diese Selbstverwaltungskörper vorgenommen werden müssen. Und die Universitäten sind einer unserer ältesten Selbstverwaltungskörper. Wie an eine Reform unserer Schulwesens gegangen werden muß, so muß auch an eine Reform des Hochschulwesens gegangen werden. Die Dinge an den Hochschulen wurden hier zu schwarz gemalt. Was sich hier abspielte war ein Art... den Hochschulen, das ich nicht unwiderprochen hinausgeben lassen kann. Solange ich an dieser Stelle stehe, werden sich Dinge, wie Zurücksetzung wegen einer Weltanschauung, einer Konfession nicht ereignen. (Beifall). Der sozialdemokratische Antrag auf paritätische Beteiligung der Lehrkräfte läßt jedoch eine Deutung zu, die ich nicht akzeptieren kann. Den mir vorgelegten Fall werde ich prüfen.

So flagrant als er vorgebracht wurde, finde ich jedoch den Fall nicht. Wir sind an eine Erhöhung der Lehrauftragshonorare herangekommen. Die Bezüge der Dozenten müssen verbessert werden. Man darf sich ein jauchendes Bild von den Bezügen der Universitätsprofessoren. Die Universitätsinstitute müssen unseren Forschern gangbar gemacht werden. Ich kam in eine groteske Lage, weil behauptet wurde, der Antisemitismus sei bei uns härter als anderswo. Von anderer Seite wurde gesagt, ich berücksichtige die Juden zu stark. Ich muß es auf das härteste zurückweisen, daß bei der Unterbringung von Straßburger Professoren andere als sachliche Gründe maßgebend waren. Das Farbentragen und die Mensuren wurden hier einer harten Kritik unterzogen. Der Zweikampf ist nach unieren Gesetzen unterjocht. Wenn nach dieser Seite Wünsche laut werden, so muß sich das hohe Haus an den Herrn Justizminister wenden. Ich gebe zu, daß Couleureben und Mensuren im Widerspruch zu unserer Zeit stehen; doch stellen sie nicht die schlimmste Erscheinung dar. Das parteiliche Schließen gewisser radikaler Studentenkreise ist schämlich. Man denkt daran, in Heidelberg ein Haus zu kaufen, um einen studentischen Mittagstisch einzurichten. Die Erziehung von pädagogischen Lehrkräften scheint mir notwendig in Verbindung mit dem Besuch von Volkshochschulen an den Universitäten. Ich verleihe mich dem Gedanken weiterer Reformen nicht und bin entschlossen, in der hier vorgelegten Richtung weiterzugehen. Ich bin entschlossen, auf diesem Gebiete in enger Fühlung mit dem Landtag vorzugehen. In den Kollegien können Feststellungen über das Wissen der Studierenden gemacht werden. Nicht notwendig ist eine Verminderung der Examinas, sondern eine Verschärfung der Examinas. Schon in den untersten Klassen der höheren Schulen muß eine Siebung vorgenommen werden. Die Diskussion über die Volkshochschule war eine überaus erfreuliche. Wir müssen uns darauf einrichten, in Zukunft sparsamer zu wirtschaften als bisher. Deshalb müssen wir uns eine zeitliche Zurückhaltung auferlegen. Nun zu den Beschlüssen des Herrn Strauß. Geheimrat Meding hat Leger erwidert, daß er der geeignete Mann für den Lehrstuhl von Professor Krause. Es ist nicht richtig, daß Herr Geheimrat Leger uns die genannten Bedingungen stelle, sondern er äußerte sich zu den Zuständen an der Klinik. Jeder wird mir zugestehen, daß an der Freiburger Klinik unhaltbare Zustände herrschen. Kein Chirurg wird die Verantwortung für diese Zustände übernehmen. Herr Geheimrat Krause trägt hieran keine Schuld, sondern der Staat. Ich rate Herrn Strauß, das Schreiben des Herrn Geheimrat Leger zu lesen. Das Mitbringen der Assistenten kann man nicht als Popf bezeichnen. Sichtlich liegt darin eine berechtigte Forderung. Das Interesse der Universität und Freiburgs verlangt die Beschäftigung mit dieser hervorragenden Kraft. Ich weiß nicht, ob die Verhandlungen der Beschäftigung durch diese Debatte beginnen.

Es liegt ein Antrag Leger (Dem.) vor, der sozialdemokratischen Antrag auf paritätische Beteiligung der Lehrkräfte dahin abzuändern, daß für eine paritätische Behandlung bei der Beschäftigung gesorgt werden soll.

Abg. Fr. Werner (Ztr.) weist auf die innere zeitliche Emanzipation hin, die vor der politischen stehen muß. Bei der Volkshochschule muß Fühlung mit den Frauenorganisationen genommen werden.

Abg. Frig (Dem.) vertritt den Änderungsantrag Leger auf paritätische Beteiligung bei der Beschäftigung der Lehrkräfte. Ich verleihe von den Auseinandersetzungen über die Hochschulverwaltung nicht alles. Ich glaube nicht, daß die vorgelegten Uebersetzungen vorhanden sind.

Abg. Gohmertmann (Dem.) verteidigt sich gegen den Angriff des Abg. Strauß und betont, daß er den hohen Wert der metaphysischen Weltanschauung hervorgehoben habe. Die Behauptung des Abg. Strauß ist eine Entleerung. Um die Konfession eines Dozenten sich zu kümmern, halte ich für unanständig.

Abg. Marum (Soz.) Ich will mich nur kurz zu dem Antrag Leger äußern. Wir werden gegen diesen Antrag stimmen. Denn entweder bedeutet er sachlich das gleiche wie unser Antrag, dann ist er überflüssig. Oder er will dem Ministerium die Möglichkeit geben, unserem Antrag nicht nachzukommen. Deshalb lehnen wir den Antrag Leger ab.

Minister Summel: Der sozialdemokratische Antrag läßt den Sinn zu, daß sämtliche Lehrkräfte, auf denen weltanschauungsmäßige Fragen geleitet werden, mit so viel Professoren besetzt werden, als es Weltanschauungen gibt. Deshalb trete ich für den demokratischen Antrag ein und würde für seine Durchführung Sorge tragen.

Abg. Schöfer (Ztr.) stellt fest, daß Abg. Gohmertmann das Empfinden hatte, mit seinen Angriffen gegen den Abg. Willemann nicht richtig gewesen zu sein. Wenn man mir Taschenspielerkunststücke vorwirft, so sehe ich darin eine Beleidigung. Auch die Redaktionen stellen glänzende Meister unter den Philosophen. Wir sind bis zur Stunde zurückgesetzt worden und lassen uns dies nicht mehr gefallen. Es ist merkwürdig, daß ein Professor gleich einem Elch von Assistenten mitbringt, wie dies im Falle Leger der Fall ist. Ich hoffe, daß es gelingt, den Professor ohne diese Beigaben zu gewinnen; andernfalls sollte man sich fragen, ob man nicht lieber verzichtet. Zur Charakterisierung der Freiburger Klinik ist ein Wort der Gegenkritik am Platze.

Unterrichtsminister Summel: Die Kritik an den Zuständen der Freiburger Klinik ist durchaus berechtigt. Niemand behauptete, daß Geheimrat Krause hieran schuld ist. Ich muß Konfessionen machen, wenn ich eine effektive Kraft wie Professor Leger bei einer Gehaltsforderung von 7000 M. erhalten will.

Abg. König (Dem.): Unser Antrag will, daß keine Weltanschauung bei Beschäftigung ausgedrückt sein soll und daß jede Weltanschauung berücksichtigt werden soll.

Abg. Schöfer (Ztr.) schlägt vor, gemeinsam die redaktionelle Formulierung des Antrags vorzunehmen.

Abg. Stöckinger (Soz.) stimmt dem Vorschlag des Abg. Schöfer zu.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Anterpellationen.

Schluß der Sitzung: 1.30 Uhr.

Der Haushaltsausschuß befaßt sich in seiner geizigen Sitzung mit der Hauptabteilung III des 5. Nachtrags zum Haushaltsvoranschlag betr. das Ministerium des Kultus und Unterrichts. Es werden hierfür angefordert für verschiedene Neubauten und Erweiterungen an den Hochschulen Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe 2 584 000 M., ferner für Feuerungsarbeiten an Hinterhöfen von Hauptlehrern und für den Neubau eines Lehrer-Symposiums 1 350 000 M., insgesamt 3 884 000 M. Der Haushaltsausschuß genehmigte diese Summen, ebenso einige kleinere Anforderungen für Staatsbeiträge an Privatanstalten für nicht volljährige Kinder. Die Beratung über dieses Ministerium ist noch nicht abgeschlossen. In der nächsten Sitzung wird sich der Ausschuß voraussichtlich mit den Anforderungen für das bad. Landesbrot in Karlsruhe befassen. Wie man hört sind in parlamentarischen Kreisen gewisse Stimmen, die mit den Zuschüssen zum Landesbrot nicht einverstanden sind und seine vollständige Uebernahme auf die Stadt Karlsruhe wünschen.

**16. Generalversammlung der Maler.**

Die 16. Generalversammlung des Zentralverbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Ränder und Beschöner Deutschlands tagte vom 16. Juni ab in Würzburg.

In dem Geschäftsberichtsbericht des Vorstandes gab Verbandsvorsitzender Streine-Gamburg ein Bild von der Verbands-

stätigkeit seit der letzten Generalversammlung, schilderte die Schwierigkeiten, die der Krieg brachte und berichtete über die aufwärtsgehende Entwicklung, die der Verband nun wieder nimmt. Der Verband zählt gegenwärtig circa 87 000 Mitglieder.

Über die Aufgaben des Verbandes in der Zukunft hielt am 4. Verhandlungstag Streine-Gamburg ein instruktives Referat. Der Korreferent Böker-Berlin unterführte im wesentlichen die Ausführungen Streines.

Bei der Statutenberatung wurden die Vorschläge der Statutenberaterskommission fast reiflos angenommen. Nach den gefassten Beschlüssen wird eine besondere Jugendabteilung gegründet und für diese eine Jugendbeilage herausgegeben.

Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurden gewählt: Verbandsvorsitzender Streine, Nebaldeur Mari-Gamburg, Zimmermann-Frankfurt a. M., Böker-Berlin, Buch-Gamburg, Jahn-Berlin, Polenz-Leipzig.

Der bisherige Vorstand der Redaktion und die Bezirksleiter wurden wiedergewählt. Als Obmann des Ausschusses wurde an Stelle von Reinert der bisherige Stellvertreter Kemme-Hannover gewählt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

**Konferenz der Arbeitersekretäre.**

I. r. In Nürnberg tagte am 27. Juni im Saalbau des Kurvereins eine Konferenz der Arbeitersekretäre. Solche Tagungen sind in der Regel dem Gewerkschaftskongress gefolgt. Diesmal gingen sie ihm voraus, da sich die Arbeitersekretäre gutachtlich zu einigen Fragen äußern sollten, die auch den Gewerkschaftskongress beschäftigen werden: 1. der Kommunalisierung der Arbeitersekretariate, 2. dem Ausbau der Sozialversicherung.

Zum ersten Punkt sprach Peterhansel, Berlin. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Arbeitersekretariate nur dann wünschenswert sei, wenn den Sekretariaten ihre jetzige Selbständigkeit im vollen Umfange bewahrt bleibe. Pflicht des Staates, der Kreise oder Gemeinde sei, den Arbeitersekretariaten durch Vereinfachung von Mitteln zu helfen. Wert sei darauf zu legen, daß dabei die Arbeitersekretäre nicht in den bisherigen bürokratischen Geschäftsgang der Verwaltungen eingeschaltet würden, weil die Sekretariate dann die Volkstümlichkeit und das Vertrauen verlieren würden. Auch dort wo eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung stattfinden müßte den Gewerkschaften, als den bisherigen Trägern, der bisherige Einfluß bewahrt bleiben. Die Konferenz nahm eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Entschließung an.

Herr Müller, Berlin, sprach über den Ausbau der Sozialversicherung. Neben einem allgemeinen Programm, das einer baldigen zu erwartenden Umgestaltung der Reichsversicherungsbankung zu Grunde gelegt werden soll, stellte er Forderungen auf, die ein Notgesetz, das so bald als möglich zu erlassen sei, verwirklichen sollte. Der von Müller vorgelegten umfangreichen Entschließung stimmte die Konferenz zu, indem sie dem Referenten eine Anzahl Zusatzanträge zur Ergänzung der Entschließung als Material überwies. Müller bekannte nicht die Schwierigkeiten, die der Friedensvertrag dem Ausbau der Sozialversicherung bereite, aber der Krieg habe das wertvollste Gut eines Volkes, die Volksgesundheit, so vernichtet, daß es Pflicht des Reiches sei, hier in jeder Weise durch Ausgestaltung der Sozialversicherung einzugreifen.

Ein weiterer Punkt betraf die Finanzierung der Arbeitersekretariate und die Gehälter der Sekretäre. Die finanzielle Grundlage der Arbeitersekretariate erscheint vielfach dort gefährdet, wo einzelne Verbände, die sich stark genug fühlen, Sondersekretariate für ihre Mitglieder errichten. Das wurde verurteilt und gewünscht, daß der Gewerkschaftskongress hier einen Weg vorschreiben möge. Die Gehälter der Sekretäre wurden allgemein als zu niedrig bezeichnet und es wurde eine nach Dienstjahren sich stufende Gehaltskala ausgearbeitet.

**Der deutsche Gewerkschaftskongress.**

**2. Verhandlungstag.**

k. r. Nürnberg, 1. Juli.

Der Kongress nahm heute zunächst den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen, den Haag-Berlin erstattet. Anwesend sind 634 Delegierte. Die Kommission beantragt sämtliche Mandate für gültig zu erklären. Dieses geschieht bei Eröffnung der

**Diskussion über den Rechenschaftsbericht**

gibt es einen großen Sturm auf das Büro. Es stehen sich sofort 41 Delegierte in die Rednerliste einschreiben. Dismann, Frankfurt a. M. beantragt, abwechselnd einen Redner für und gegen die Politik der G. K. das Wort zu erteilen. Vorsitzender Reichel macht darauf aufmerksam, daß der Kongress dieses gestern abgelehnt und deshalb Korreferenten zugewilligt hat, in der Erwartung, daß dadurch die Debatte abgeklärt werde. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Dismann mit großer Mehrheit abgelehnt.

Darauf erhalten zunächst die Begründer der zu diesem Punkte vorliegenden Anträge das Wort.

Bretz-Hannover begründet den Antrag der Vorstands-Konferenz zum Streikverbot von Roste, das inzwischen ja wieder aufgehoben worden ist. Bretz spricht die Forderung aus, daß in Zukunft solche Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete und auf dem Gebiete des Arbeiterrechts nicht mehr erfolgt, ohne daß vorher mit den Vertretern der Arbeiter Rücksprache genommen wird. Redner hebt hervor, daß es alter gewerkschaftlicher Grundsatz ist, daß die Einstellung der Arbeit als letztes Kampfmittel zur Anwendung kommt. Es liege kein Anlaß vor, von dieser Taktik abzugeben. Das Streikrecht sei ein unantastbares Recht der Arbeiter, ein Willein rühr mich nicht an. Hinter dem Streik der Eisenbahner scheinen aber politische Motive gestanden zu haben. Die Arbeiterchaft hat genügend politische Macht zur Verfügung, (Zuruf: Wo denn?) sie braucht das Wirtschaftsleben nicht an den Rand des Abgrundes zu bringen. Sie fragen, wo denn? Haben wir nicht ein Wahlrecht, wie es in gleicher Weise in der ganzen Welt nicht vorhanden ist? Wir haben die Pflicht, der Arbeiterchaft zu zeigen, wohin die Reise geht, wohin die Opposition führen will. Leb. Beifall.) Soll das die wirtschaftliche Freiheit der Arbeiter sein, daß wir das Wirtschaftsleben Deutschlands zum Untergang bringen? Wenn das der Zweck der Uebung ist, dann ist es Pflicht der Gewerkschaften, den Aufruf ertönen zu lassen. (Leb. Beifall.)

Schulz-Frankfurt a. M. begründet einen Antrag der Opposition gegen den Roste-Erlass. In diesem wird protestiert gegen diese Maßnahme des Reichswehrministers, dessen Brutalität um Gemaltpolitik die Praktiken der schlimmsten Reaktionszeiten übertrifft und die Arbeiterchaft zum Außersten treiben muß. Die Resolution des Vorstandes ist ein Schwere von Ruppe. Bei der Verhandlung mit der Regierung ist nichts herausgekommen. Die Eisenbahner wurden fortgesetzt eingehalten, da ist es selbstverständlich, wenn die Gebuld einmal platzt. Die Regierung verhandelt mit den Gelben. Sie stellt das Feigenblatt der Reaktion dar. Dazu geben sich Männer her, die früher Schulter an Schulter mit der Arbeiterchaft gestanden und gekämpft haben. Nicht die Regierung hat das Ruder in der Hand, sondern die Herren Geheimräte. Die politische Macht ist noch in den Händen derjenigen, die noch die wirtschaftliche Macht haben. Nehmen Sie unsere Resolution an, die Entschließung des Vorstandes wird von der Arbeiterchaft mit Lachen aufgenommen werden. (Leb. Beifall.)

Strümmers-Mannheim begründet einen Antrag des Metallarbeiterverbandes Mannheim, der von dem Kongress u. a. die Vertagung der Generalkommission verlangt. Diese habe während des Krieges nicht ernstlich den Mut gehabt, gegen die Regierung vorzugehen und etwas Positives für die Arbeiter zu erreichen. Die G. K. habe nicht mehr das Vertrauen der Arbeiter.

Krämer-Düsseldorf spricht für einen Antrag, daß das „Korrespondenzblatt“ sich unter allen Umständen von den Streitigkeiten der politischen Parteien fernhalten soll.

Zost-Berlin (Metallarbeiter), der einen Antrag Nowawes-Potsdam begründet, in dem die Politik der G. K. verurteilt wird, sagt, die G. K. sei in eine Mierung mit dem Kapital eingetreten. Ein großer Teil der Arbeiter habe erkannt, daß die G. K. nicht die Interessen der Arbeiter gewahrt habe. Die G. K. habe dafür den Dank der Unternehmer erhalten. Die Gewerkschaften müßten eine Politik treiben, die jahrzehntelang vor dem Kriege den Arbeitern gepredigt worden ist. Die Arbeitergemeinschaft mit den Unternehmern lehne die Arbeiter ab.

In der nun folgenden Debatte erklärt der erste Redner Scheuer-Stettin (Bauarbeiter), daß er die Politik der G. K. nicht verurteilen könne. Manchem der Kritiker könne man nachweisen, daß sie sich in der ersten Zeit des Krieges in Chauvinismus überlassen haben. Hat die G. K. aus reiner Niedertracht so gehandelt, oder hat sie aus den Verhältnissen heraus nicht anders handeln können?

Lange-Berlin (Handlungsgehilfe) will untersuchen, warum man Gewerkschaftsbeamten entlassen hat. Er verweist auf die Äußerungen der Leipziger Kriegsamtsstelle, nach der Gewerkschaftsbeamte andere denunziert hätten. (Vorständler Reichel erklärt, diese Anschuldigungen seien nicht bewiesen. Er rügt die Angriffe auf Abwesende.) Lange (fortfahrend): die Leipziger Arbeiter haben über diese Angelegenheiten gericelt. Wenn Sie diese heute in Schutz nehmen, dann dürfen Sie sich auch nicht darüber wundern, wenn Sie in einen Topf geworfen werden. (Zustimmung bei der Minorität.) Es ist verwunderlich, daß die deutsche Arbeiterschaft die Politik der G. K. jahrelang gutgeheißen hat. Wenn hat dem Sinne nach mit einem Hauch auf Nozze geschlossen. Wir wenden uns gegen Nozze, und sagen: Wieder mit Nozze, wieder mit der Gewalt herrschen! (Stürmische Zustimmung bei der Minorität.) Die Arbeiterschaft wird politische Schritte auch ohne Ihre Genehmigung führen. (Leb. Beifall.)

Schlieffert-Remscheid (Metallarbeiter): Es muß endlich mit dem Belagerungszustand aufgeräumt werden. Mit Hilfe des Belagerungszustandes wird uns alle gewerkschaftliche Arbeit vernichtet, die Arbeiterschaft verzwängelt.

Siegle-Berlin (Holzarbeiter): Die arbeiterschädigende Politik, die die G. K. während des ganzen Krieges getrieben hat, wird heute noch fortgesetzt, darum müssen wir uns mit ihr befassen. Für die Politik der G. K. hätten die Beschlüsse der internationalen Kongresse maßgebend sein sollen. In der Gedächtnisrede im Jahre 1917 sagte Lenin, die ganze Arbeiterschaft siehe wie ein Mann zum Vaterlande. Wer hat Legion zu dieser Erklärung aufgeführt? (Der Redner wird fortwährend durch Zwischenrufe unterbrochen: „Seine Selbstbespiegelung!“ — „die fürs Durchhalten waren!“ — worauf Siegle erneut unter stürmischen Lachen der Versammlung ruidert: „Diese Briefe waren Privatbesitz!“)

Kaul Umbreit-Berlin: Es kann für das Korrespondenzblatt nur eben sein, wenn Dismann das Korrespondenzblatt mit der G. K. identifiziert. Dismann kann uns aber nicht nachweisen, daß das K.-Blatt die Interessen der Arbeiter irgendwo verletzt oder nicht vertreten hat. Die Pitate Dismanns sind aus dem Zusammenhang herausgerissen, ganz abgesehen davon, daß sie auf dem ersten Kriegsjahre stammen. Wir wissen sehr wohl, was wir der deutschen Arbeiterschaft schuldig sind. Der radikale „Vorwärts“ hat sich im August 1914 über die Siege der Militärs geäußert, die uns den „Aufstieg zu höherer politischer und sozialer Kultur“ ermöglichen würden. (Hört, hört!) Das Deutsche Reich solle nicht den Skofalen überlassen bleiben, schrieb der „Vorwärts“. Sie sehen daraus, daß der Burgfrieden nicht von der G. K. erfunden worden ist. Uns wird auch der Vorwurf gemacht, daß wir zur Zeichnung von Kriegsanleihen aufgefordert hätten. Aber auch hier befinden wir uns in guter Gesellschaft. Am 9. September 1914 hat die „Reipziger Volkszeitung“ in redaktionellen Teil zur Zeichnung von Kriegsanleihen aufgefordert. (Hört, hört!) Daß wir die Interessen der Arbeiter richtig vertreten haben, beweist das starke Anwachsen der Gewerkschaften. (Leb. Beifall.)

Reichsmittel-Bremen (Eisenbahner): Der Burgfrieden war das Unglück für die deutsche Arbeiterschaft.

Heinze-Leipzig (Kürschner) polemisiert gegen Lenin. Die von dem Verbandsrat der Kürschner gegen die G. K. geforderte Entschädigung sei berechtigt. Es sei allerdings nicht zu verstehen, daß bei Beginn des Krieges die Arbeiterschaft die Politik der G. K. gutgeheißen habe. Als die Annektionspolitik der Regierung klar geworden sei, wäre bei den Arbeitern die Erkenntnis gekommen.

Reich-Berlin (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsführer haben Schritt für Schritt die Interessen der Arbeiter preisgegeben, sie wollten Posten in der Regierung. Auf dem Verhandlungswege der Metallarbeiter vor zwei Jahren hat Lenin sich für die Spaltung der Gewerkschaften ausgesprochen, wenn die Opposition sich nicht löse. (Leb. Widerspruch) und heute wird der Opposition der Vorwurf gemacht, sie wolle die Gewerkschaften zerschlagen. Lenin hat von einer Schandtat der deutschen Arbeiterschaft gesprochen, eine Schandtat ist es aber für uns, daß wir einen Nozze als Gewerkschaftsmittglied haben. (Sehr richtig!) Der Klassenkampfcharakter muß in den Gewerkschaften hochgehalten werden.

Reichsmittel-Bremen (Eisenbahner): Der Burgfrieden war das Unglück für die deutsche Arbeiterschaft.

Heinze-Leipzig (Kürschner) polemisiert gegen Lenin. Die von dem Verbandsrat der Kürschner gegen die G. K. geforderte Entschädigung sei berechtigt. Es sei allerdings nicht zu verstehen, daß bei Beginn des Krieges die Arbeiterschaft die Politik der G. K. gutgeheißen habe. Als die Annektionspolitik der Regierung klar geworden sei, wäre bei den Arbeitern die Erkenntnis gekommen.

Reich-Berlin (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsführer haben Schritt für Schritt die Interessen der Arbeiter preisgegeben, sie wollten Posten in der Regierung. Auf dem Verhandlungswege der Metallarbeiter vor zwei Jahren hat Lenin sich für die Spaltung der Gewerkschaften ausgesprochen, wenn die Opposition sich nicht löse. (Leb. Widerspruch) und heute wird der Opposition der Vorwurf gemacht, sie wolle die Gewerkschaften zerschlagen. Lenin hat von einer Schandtat der deutschen Arbeiterschaft gesprochen, eine Schandtat ist es aber für uns, daß wir einen Nozze als Gewerkschaftsmittglied haben. (Sehr richtig!) Der Klassenkampfcharakter muß in den Gewerkschaften hochgehalten werden.

Reichsmittel-Bremen (Eisenbahner): Der Burgfrieden war das Unglück für die deutsche Arbeiterschaft.

Heinze-Leipzig (Kürschner) polemisiert gegen Lenin. Die von dem Verbandsrat der Kürschner gegen die G. K. geforderte Entschädigung sei berechtigt. Es sei allerdings nicht zu verstehen, daß bei Beginn des Krieges die Arbeiterschaft die Politik der G. K. gutgeheißen habe. Als die Annektionspolitik der Regierung klar geworden sei, wäre bei den Arbeitern die Erkenntnis gekommen.

Reich-Berlin (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsführer haben Schritt für Schritt die Interessen der Arbeiter preisgegeben, sie wollten Posten in der Regierung. Auf dem Verhandlungswege der Metallarbeiter vor zwei Jahren hat Lenin sich für die Spaltung der Gewerkschaften ausgesprochen, wenn die Opposition sich nicht löse. (Leb. Widerspruch) und heute wird der Opposition der Vorwurf gemacht, sie wolle die Gewerkschaften zerschlagen. Lenin hat von einer Schandtat der deutschen Arbeiterschaft gesprochen, eine Schandtat ist es aber für uns, daß wir einen Nozze als Gewerkschaftsmittglied haben. (Sehr richtig!) Der Klassenkampfcharakter muß in den Gewerkschaften hochgehalten werden.

Reichsmittel-Bremen (Eisenbahner): Der Burgfrieden war das Unglück für die deutsche Arbeiterschaft.

Heinze-Leipzig (Kürschner) polemisiert gegen Lenin. Die von dem Verbandsrat der Kürschner gegen die G. K. geforderte Entschädigung sei berechtigt. Es sei allerdings nicht zu verstehen, daß bei Beginn des Krieges die Arbeiterschaft die Politik der G. K. gutgeheißen habe. Als die Annektionspolitik der Regierung klar geworden sei, wäre bei den Arbeitern die Erkenntnis gekommen.

Reich-Berlin (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsführer haben Schritt für Schritt die Interessen der Arbeiter preisgegeben, sie wollten Posten in der Regierung. Auf dem Verhandlungswege der Metallarbeiter vor zwei Jahren hat Lenin sich für die Spaltung der Gewerkschaften ausgesprochen, wenn die Opposition sich nicht löse. (Leb. Widerspruch) und heute wird der Opposition der Vorwurf gemacht, sie wolle die Gewerkschaften zerschlagen. Lenin hat von einer Schandtat der deutschen Arbeiterschaft gesprochen, eine Schandtat ist es aber für uns, daß wir einen Nozze als Gewerkschaftsmittglied haben. (Sehr richtig!) Der Klassenkampfcharakter muß in den Gewerkschaften hochgehalten werden.

Reichsmittel-Bremen (Eisenbahner): Der Burgfrieden war das Unglück für die deutsche Arbeiterschaft.

Heinze-Leipzig (Kürschner) polemisiert gegen Lenin. Die von dem Verbandsrat der Kürschner gegen die G. K. geforderte Entschädigung sei berechtigt. Es sei allerdings nicht zu verstehen, daß bei Beginn des Krieges die Arbeiterschaft die Politik der G. K. gutgeheißen habe. Als die Annektionspolitik der Regierung klar geworden sei, wäre bei den Arbeitern die Erkenntnis gekommen.

Reich-Berlin (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsführer haben Schritt für Schritt die Interessen der Arbeiter preisgegeben, sie wollten Posten in der Regierung. Auf dem Verhandlungswege der Metallarbeiter vor zwei Jahren hat Lenin sich für die Spaltung der Gewerkschaften ausgesprochen, wenn die Opposition sich nicht löse. (Leb. Widerspruch) und heute wird der Opposition der Vorwurf gemacht, sie wolle die Gewerkschaften zerschlagen. Lenin hat von einer Schandtat der deutschen Arbeiterschaft gesprochen, eine Schandtat ist es aber für uns, daß wir einen Nozze als Gewerkschaftsmittglied haben. (Sehr richtig!) Der Klassenkampfcharakter muß in den Gewerkschaften hochgehalten werden.

Reichsmittel-Bremen (Eisenbahner): Der Burgfrieden war das Unglück für die deutsche Arbeiterschaft.

Heinze-Leipzig (Kürschner) polemisiert gegen Lenin. Die von dem Verbandsrat der Kürschner gegen die G. K. geforderte Entschädigung sei berechtigt. Es sei allerdings nicht zu verstehen, daß bei Beginn des Krieges die Arbeiterschaft die Politik der G. K. gutgeheißen habe. Als die Annektionspolitik der Regierung klar geworden sei, wäre bei den Arbeitern die Erkenntnis gekommen.

Reich-Berlin (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsführer haben Schritt für Schritt die Interessen der Arbeiter preisgegeben, sie wollten Posten in der Regierung. Auf dem Verhandlungswege der Metallarbeiter vor zwei Jahren hat Lenin sich für die Spaltung der Gewerkschaften ausgesprochen, wenn die Opposition sich nicht löse. (Leb. Widerspruch) und heute wird der Opposition der Vorwurf gemacht, sie wolle die Gewerkschaften zerschlagen. Lenin hat von einer Schandtat der deutschen Arbeiterschaft gesprochen, eine Schandtat ist es aber für uns, daß wir einen Nozze als Gewerkschaftsmittglied haben. (Sehr richtig!) Der Klassenkampfcharakter muß in den Gewerkschaften hochgehalten werden.

Reichsmittel-Bremen (Eisenbahner): Der Burgfrieden war das Unglück für die deutsche Arbeiterschaft.

Heinze-Leipzig (Kürschner) polemisiert gegen Lenin. Die von dem Verbandsrat der Kürschner gegen die G. K. geforderte Entschädigung sei berechtigt. Es sei allerdings nicht zu verstehen, daß bei Beginn des Krieges die Arbeiterschaft die Politik der G. K. gutgeheißen habe. Als die Annektionspolitik der Regierung klar geworden sei, wäre bei den Arbeitern die Erkenntnis gekommen.

Reich-Berlin (Metallarbeiter): Die Gewerkschaftsführer haben Schritt für Schritt die Interessen der Arbeiter preisgegeben, sie wollten Posten in der Regierung. Auf dem Verhandlungswege der Metallarbeiter vor zwei Jahren hat Lenin sich für die Spaltung der Gewerkschaften ausgesprochen, wenn die Opposition sich nicht löse. (Leb. Widerspruch) und heute wird der Opposition der Vorwurf gemacht, sie wolle die Gewerkschaften zerschlagen. Lenin hat von einer Schandtat der deutschen Arbeiterschaft gesprochen, eine Schandtat ist es aber für uns, daß wir einen Nozze als Gewerkschaftsmittglied haben. (Sehr richtig!) Der Klassenkampfcharakter muß in den Gewerkschaften hochgehalten werden.

Reichsmittel-Bremen (Eisenbahner): Der Burgfrieden war das Unglück für die deutsche Arbeiterschaft.

den. Wir dürfen nicht mit der bürgerlichen Gesellschaft partieren. (Zeitweise Zustimmung.)

Ein Schlußantrag von Bauer-Berlin wird mit überzogener Mehrheit abgelehnt.

Robert Schmidt-Berlin (Mitglied der G. K.): Die Redner der Opposition haben behauptet, wir hätten die Aufgaben des Internationalen Kongresses in Stuttgart nicht erfüllt. Ich verweise, daß uns die Opposition gesagt hätte, was wir hätten tun sollen. (Sehr richtig!) Wir haben trotz unseres Protestes das Unheil nicht aufhalten können. Niemand ist an den Kartellvorstand oder an die G. K. herangetreten mit dem Vorschlag einer kraftvollen Handlung. Diefelben Leute, die damals Surrah schrieben, schämen heute bei Lebensmittelpreisen die Kassen ein. (Sehr richtig!) Ist damals einer von der Opposition an uns herangetreten, um die Verantwortung für einen Streik zu übernehmen? Wir konnten nicht anders handeln, wie auch die Arbeiter in den anderen Ländern nichts anderes getan haben als wir. Wir taten alles, um den Krieg bald zum Abschluß zu bringen. Wer war es, der die Protestkundgebung des Internationalen Proletariats in Stockholm vorbereitete? Die Entente, die ihren Machtstreben schon damals in der Tasche hatte! Wie töricht, daß wir sagen, ein Einzelner ist an dem Kriege schuldig, wie wenig ist dieses sozialistisch! (Sehr gut!) Nur der internationale Kapitalismus und Imperialismus ist schuld an diesem Kriege. Es war uns nicht möglich zum Frieden zu kommen. Unser Einfluß auf die Regierung war größer als der unserer Genossen in England und Frankreich. Wir konnten unsere Vertreter auf die Internationalen Kongresse senden, diese aber nicht. Wir durften die Regierung nicht ganz dem Einfluß der Aldeutschen ausliefern. Wir haben unseren Einfluß zum Ausdruck gebracht und ein Friedensangebot durchgesetzt. Die Entente hat nie den Mut gehabt zu Verhandlungen zu kommen. Für sie gab es nur einen Frieden der brutalen Gewalt, einen Frieden des internationalen Imperialismus. Wenn die Internationale uns die Verteidigung des Landes zugibt, dann ist unser Schuld rein. Wir haben unsere Pflicht erfüllt der deutschen Arbeiterschaft und auch der Internationale gegenüber. (Stürmischer, langandauernder Beifall.)

Abg. Siegel-Berlin (Büroangestellter) begründet einen Antrag, der der G. K. das Vertrauen ausspricht. Die Anfänger der G. K. seien nicht, welche positive Schritte seinerzeit gemacht werden müßten, um im Sinne ihrer Wünsche zu handeln. Dismann verneint die Landesverteidigung. In den ersten Kriegsjahren haben die Vertreter der Opposition sich für die Landesverteidigung bemüht. Nirgend waren soviel Säbne zu sehen, als in den Kr. beiderseits Norden Berlins. Nebel hat ein flamendes Bekenntnis für die Landesverteidigung abgelegt. Wir haben nichts gemein mit dem deutschen Kapitalismus, aber noch weniger mit dem Sozialismus und Imperialismus der Entente. Wir müssen eine verständigere Politik einschlagen, der Masse sagen, was sie kann und was sie tun soll, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu fördern. An der Politik des Kriegsjahres, die vor dem Kriege betrieben, haben wir auch in der Kriegszeit festgehalten, und dieses haben wir nicht zu bereuen. Die G. K. hat unser Vertrauen verdient, sprechen wir es ihr aus. (Großer Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Das Vertrauensvotum für die Generalkommission.

Berlin, 3. Juli. Der „Vorwärts“ meldet aus Nürnberg: Auf dem Gewerkschaftskongress ist ein Vertrauensvotum mit großer Mehrheit angenommen worden. Vom Metallarbeiterverbande stimmten 53 dafür, und 64 dagegen, vom Eisenbahnerverband 13 dafür und 12 dagegen. Andere Verbände stimmten fast geschlossen dafür. Der Antrag der Gewerkschaftskonferenz gegen die wilden Streiks einerseits und gegen den Nozze'schen Streikerlaß andererseits wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 1. Juli.

Präsident Frehrensach eröffnet die Sitzung um 1/4 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Es folgt der Bericht des Haushaltsausschusses.

Berordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland.

die vom Ausschuss zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet wurde, der in seinem § 1 bestimmt, daß die Bundesstaaten verpflichtet sind, gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zur Schaffung neuer Anhebungen und zur Lösung bestehender Kleinbetriebe zu billigen.

Abg. Blum (Hr.): Im Interesse der Gesundheit unseres Volkes, nach der volkswirtschaftlichen wie nach der ethischen Seite hin, ist bisher erfreulich, daß man heute beinahe von einer Stadtlust sprechen kann. Inzwischen wird man nicht annehmen dürfen, daß sich nimmer die Umwandlung Deutschlands aus einem Industrie- in einen Agrarstaat rasch vollziehen werde. Die Aufgabe für die Siedlungsämter muß zunächst die Schaffung von Vorkulturland mittlerer Größe sein, da diese am besten in der Lage sind, den wachsenden Bedingungen der Erzeugung und des Absatzes sich anzupassen. Die Siedlungsämter werden vor allem Dingen auch die Aufgabe haben, die Landarbeiterfrage lösen zu lassen, denn mehr als je brauchen wir auf dem Lande einen Stand intelligenter Arbeiter. Gemeinde, Kreise, Provinzen und Staat müssen zur Förderung des Siedlungswesens zusammenwirken.

Abg. Schmidt-Hals (Dem.): Es müßten in der Landwirtschaft weniger Großbetriebe und mehr Kleinbetriebe geschaffen werden, denn viele Arbeiter werden in der Landwirtschaft in Kleinbetrieben viel sorgfältiger gemacht als es in den großen möglich ist. Wenn wir die beiden Massen der arbeitenden Bevölkerung nicht aufs Land hinausbringen, müssen sie auswandern. Dieses Gesetz kann dazu beitragen, diese Aufgabe zu lösen. Die Bodenpreise sind jetzt allerdings sehr hoch, aber man darf hier auch nicht zu ängstlich sein. Wir müssen darum arbeiten, daß das deutsche Volk wieder Lust und Liebe zur Arbeit hat und ich glaube, daß dieses Gesetz ein Weg dazu ist.

Abg. Löwe (Soz.): Ich begrüße dieses Gesetz, weil es endlich ein Versprechen erfüllt, das den Kriegsteilnehmern gegeben worden ist. Wir haben die besondere Bitte, daß die Siedlungsämter nach Fertigstellung des Gesetzes nun endlich mit Vollkraft zu arbeiten anfangen.

Abg. Dr. Müllers (D.N.): Die Siedlungen sollen Zufriedenheit schaffen. Zufriedenheit ist die Grundlage für die Wiedererstarkung Deutschlands. Bei der Gründung von Siedlungen ist darauf zu achten, daß die Rentabilität gesichert bleibt, sonst bringen sie keine Vorteile, sondern Gefahren. Besonders schwierige Verhältnisse schaffen uns die hohen Kaufpreise. Die Landwirtschaft ist gerade in der nächsten Zukunft von größter Bedeutung. Wir haben immer für den Gedanken gefächelt, daß Deutschland sich möglichst selbst ernähren müsse. Das Gesetz genügt nicht in allen Punkten. Redner bedauert, daß die Regierung für die Angelegenheit so wenig Interesse habe, daß niemand von ihr anwesend sei. Regierungskommissar für Kolonien Schmidt entschuldigt die Abwesenheit des Kommissars infolge außerordentlich wichtiger Verrichtungen. Die Schwierigkeit der Durchführung des Gesetzes besteht in der Hauptsache in dem Mangel an Kaufkraften. Für die Bauwirtschaft fehlt eigentlich alles, namentlich Fiegel und Holz. Das Reich hat 500 Millionen Mark für Wohnausbauten zur Verfügung gestellt, die aber bei weitem nicht ausreichen, denn wir werden jährlich ungefähr 5 Milliarden Mark brauchen. Ich möchte die Landwirte warnen, wie es heute wohl vielfach der Fall ist, mit ihren Bauten zu warten, bis wieder Fiegel zur Verfügung stehen, denn dann sind die 500 Millionen verbraucht und es können weitere Bauzuschüsse nicht gezahlt werden.

Abg. Dufche (D.N.): Man sollte möglichst viel neue Siedlungen schaffen und dabei nach Möglichkeit die Kriegsbeschädigten und diejenigen berücksichtigen, die aus den jetzt verloren gegangenen Landesanteilen zurückwandern. Ganz besonders wichtig scheint mir die Bestimmung über die Schaffung von Bachland für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Wenn man mehr städtische Arbeiter auf das Land bekommen will, dann wird man sich vor allem entschließen müssen, die Arbeitslosenunterstützung sehr erheblich herabzusetzen. Ferner sollte die Regierung rechtzeitige Maßnahmen treffen, um unter allen Umständen die Gefahren von Streiks unter den landwirtschaftlichen Arbeitern zu bannen und überhaupt dem Streikfieber energisch entgegenzutreten.

Abg. Bunn (U. S.): Das Gesetz erweckt trügerische Hoffnungen. Deshalb werden wir dagegen stimmen. Für neue Siedlungen ist kein Augenblick ungünstiger als der jetzige bei den hohen Bau- und Grundstückspreisen. An Stelle der Privatwirtschaft muß die Gemeinwirtschaft treten.

Regierungskommissar Gering: Die Großbetriebe werden in Deutschland immer eine Rolle spielen. Von den heutigen Großgrundbesitzern wird großf. soz. a. 26 Empfinden verlangt, sollen sie doch für Siedlungsarbeiten Boden hergeben zu dem Wert, wie er sich bildet ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Landes. Das Volk muß sich über dieses Siedlungsgesetz freuen.

Abg. Dr. Heim (Centr.): Die Schaffung kleiner Erbsen ist ein konsequenter Gedanke. Er läßt sich nur gemeinschaftlich durchführen. Es ist zu hoffen, daß die Produktion sich erhöhen wird. Wir müssen uns darauf einstellen, daß wir wieder mehr Agrarland werden.

Das Gesetz wird darauf in erster und zweiter Lesung mit einigen Änderungen angenommen. — Die dritte Lesung wird ausgesetzt, da über den § 24 sich keine Einigung erzielen läßt. Schluß 1/9 Uhr. Nächste Sitzung 2 Uhr nachmittags: Interpellationen, zweite Lesung des Verfassungsentwurfes.

Baden.

Der „Dank des Vaterlandes“ an die Alten. Die „Karlsruher Zeitung“ schreibt: Zur Ruheetzung von Beamten hat das Staatsministerium folgende Zusatzbestimmungen getroffen: 1. Geheime um Aufhebung der Ruheetzung wegen milderer Wohnungsverhältnisse oder mit Rücksicht auf die Ausbildung der Kinder sollen — von ganz besonders gelagerten Ausnahmefällen abgesehen — nicht berücksichtigt werden. 2. Falls die Ruheetzung im Alter von 65 Jahren zwangsweise erfolgt, soll die Formel „auf Ansuchen“ nicht zur Anwendung kommen. — Es gingen uns zu dieser Maßnahme der Regierung bereits eine ganze Anzahl Zuschriften zu, die wir leider des Raummanget wegen noch nicht veröffentlichten konnten. Sie wenden sich jedoch alle gegen die Härte und Rücksichtslosigkeit, mit der die Regierung hier vorgeht. Wir hoffen, nach auf dieselben zurückkommen zu können.

Genangan. Der bisherige Führer des 14. A.R., Generalleutnant von Contard, ist auf Wunsch der Bad. Regierung von diesem Kommando entlassen worden und wird in den nächsten Tagen Baden verlassen. Als Grund zu der Entlassung gibt der „Bad. Beobachter“ an, daß sich General von Contard in den letzten Monaten als Vertreter des alten, harten preussischen Militarismus nicht gerade große Sympathien in Baden erworben hat. Zu seinem Nachfolger wurde im Einvernehmen mit der bad. Regierung der bisherige Kommandeur der 57. Infanteriebrigade, General von Dabons, ernannt, der ein geborener Badener ist und nach Inkrafttreten des Reichsverfassungsgesetzes zum bad. Landeskommandanten ernannt werden dürfte.

Aus der badischen Lehrerschaft. Eine in Sedenheim bei Mannheim abgehaltene Lehrerkonferenz Mannheim-Band gab einstimmig der Auffassung Ausdruck, daß nach den bisherigen Erfahrungen der Vertreter der badischen Lehrerschaft im Ministerium nicht zugleich auch Obmann des badischen Lehrervereins sein könne. Bei der im August ds. J. stattfindenden Lehrerversammlung soll diese Frage prinzipiell geklärt werden.

Stellingen, 2. Juli. Die Polizei beschlagnahmte einen geschlachteten und einen lebenden Hefen, die auf dem Wege des Schleißhandels in eine städtische Wirtschaft gebracht werden sollten.

Offenburg, 1. Juli. Man schreibt uns: Die in Nr. 148 vom 28. Juni 1919 an dieser Stelle erschienene Notiz aus Offenburg über das Verhalten der Familie des Gutsbesitzers Franz Menzger in Offenburg einschließlich der Unterbringung von Flüchtlingen in Nachquartieren entspricht nicht den Tatsachen und dem wahren Sachverhalt. Zur Wiedigung der Vorkommnisse wäre eine sachliche Schilderung der letzteren erforderlich, die den hier verfügbaren Raum ungehindert in Anspruch nehmen würde. Es wird deshalb den interessierten Kreisen anheimgestellt, sich über den wahrheitsgetreuen Vorgang bei der hiesigen Polizeibehörde und der Flüchtlingsfürsorgestelle zu informieren. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind wirklich nicht geeignet, denartige heimliche Auseinandersetzungen, die einer persönlichen Gefälligkeit entspringen, der Kritik der Öffentlichkeit zu unterbreiten, um damit weitere Verletzung in die Bevölkerung zu tragen, wie dies mit dem fraglichen Artikel von gewisser Seite heabsichtigt war.

Kammhuber, 2. Juli. Der Gendarmerteil ist es gelungen, die Wachen, die vor kurzem wegen des Vorgehens der Gendarmen gegen eine Schwarzschlichterei die Beamten angegriffen hatten, früh morgens aus den Wachen zu befreien. Man fand bei Durchsuchung mehrerer Wohnungen Infanteriegewehre mit Munition. Es wurde auch eine Geheimschlichterei mit einer größeren Menge Bleis gefunden.

H. G. P. Grenzwächter Thiergarten. Zu dem Versuch der Verhaftung des Ministerpräsidenten a. D. Scheidemann in Thiergarten im „Oberbadischen Volksblatt“ eine Erklärung, in der es heißt, von einer Verhaftung könne keine Rede sein, er habe nur „eine Verpredung mit diesem fagenhaften Arbeiterführer erzwungen wollen“. Der weitere Inhalt der Erklärung ergibt sich in scharfen Angriffen gegen Scheidemann.

Kommunalpolitik.

Lebensmittelpreise in Unterwiesheim. Unter dieser Epithete wurden kürzlich in einer Notiz die Lebensmittelpreise in Unterwiesheim kritisiert. Wie nun die Unterwiesheimer seitens der maßgebenden Behörde ergeben hat, ist Unterwiesheim in der Verletzung von Jader nicht beipflichtet und auch mit Weis soll es stets befristet werden sein. (Was den Jader speziell anbelangt, möchten wir bemerken, daß die fragliche Notiz am 28. April bei uns eintraf, es uns aber infolge Raummanget nicht möglich war, dieselbe sofort zu veröffentlichen, während dieser Zwischenzeit erhielt aber Unterwiesheim Jader geliefert. D. Red.)

Gernsbach, 3. Juli. Bei der Bürgermeisterversammlung wurde Stadtrat Weinges in Mannheim mit 38 gegen 19 Stimmen, die auf den Gegenkandidaten Dr. Grüninger in Ganau fielen, gewählt.

Aus der Partei.

Durlach, 3. Juli. Jugendbund! Heute abend 7 1/2 Uhr findet im Lokal „Goldener Löwe“ ein Spielabend statt. Die Eltern werden gebeten, ihre Söhne und Töchter, die der Schule entlassen sind, in den Jugendbund zu schicken.

Wankenloch, 3. Juli. Kommenden Samstag Abend um 7 1/2 Uhr findet im Schwaben die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Bürgermeisterwahl ist dringend erforderlich, daß alle Mitglieder, insbesondere die Gemeindeverordneten vollzählig erscheinen.

Ubstadt, 2. Juli. Samstag, 5. Juli abends 9 Uhr findet im „Löwen“ unsere Mitgliederversammlung statt, wo zu unsere Mitglieder gebeten werden, vollzählig zu erscheinen. Mitgliederbücher sind mitzubringen!

Bühlertal, 1. Juli. Nächsten Sonntag, 6. Juli, nachm. 2 Uhr, findet im Gasthaus „zum Wolf“ unsere Generalversammlung statt, wozu die Gemeindeverordneten und Gemeinderäte, ebenso unsere Mitglieder und Leser der Parteipresse freundlichst eingeladen sind. Es wird um vollzähliges und pünktliches Erscheinen gebeten.

Offenburg, 2. Juli. Eine öffentliche Volksversammlung am Sonntag mit dem Thema: „Die politische Lage und die Sozialdemokratie“ findet am kommenden Samstag, abends 8 Uhr in der „Mischelshalle“ statt. Referent ist der gegenwärtige Arbeitsminister Gen. Rüdert-Karlshöhe. Wir bitten die Arbeitervereinigungen an diesem Abend nichts zu veranstalten, sondern vollzählig in der Versammlung zu erscheinen. Seit längerer Zeit wird unsere Partei öffentlich und heimlich heruntergerissen und besonders unsere Vertreter in der Regierung werden aufs härteste verächtelt. Es ist nun Gelegenheit geboten, auch einmal von berufener Seite zu hören, nach welchen Grundrissen unsere Partei gegen den Staat wieder aufzubauen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 3. Juli.

Gemütskranke.

Nach einer Mitteilung der Landwirtschaftskammer fand am 20. Mai in Karlsruhe eine Sitzung des Badischen Weinbauverbandes statt, wobei auch die Kriegsbekämpfung der Weinerträge zur Beratung kam. Es wurde einstimmig beschlossen, bei den machabenden Behörden darauf hinzuwirken, daß im Hinblick auf die ungeheuer schwanke Erträge im Weinbau der Stichtag für die Ermittlung des Anbauvermögens zur Sebung der Kriegschadens gemäß der Wertzuwachs- und Mehreinkommensteuer auf den 31. Dezember 1910 anstatt auf den 31. Dezember 1913 festgesetzt werde, weil durch die vorhergehenden schlechten Jahre gerade dort ein außerordentlicher Tiefstand des Reinertrags vorhanden war. Der Vorschlag zielt also auf den notwendigen Ausgleich im Vermögen des Rebbauers hin; aus dem gleichen Grunde wurde auch die Veranlassung des Vermögenszuwachses und des Mehreinkommens im Weinbau nur mit dem halben Beitrag zu der Steuer gefordert.

Man sieht, unsere Kriegsgewinnler sind nicht glücklich im Verlangen. Das sollte gerade nach, das man die reich gewordenen Weinerzeuger nur Hälfte der Steuern läßt. Der kleine Mann und Arbeiter muß sein Einkommen auf Keller und Warenaufbewahrung und die durch Warenaufbewahrung die Lage rüchros ausnutzen, soll man ihnen? Es wird hoffentlich dafür gesorgt werden, daß dies nicht der Fall ist.

Bezirksversammlungen der sozialdemokratischen Partei.

Die gestern abend in 7 Bezirken stattgefundenen Versammlungen zeigten durchweg ein Bild regen politischen Lebens, wenn

auch der Besuch in diesem oder jenem Bezirk ein noch besserer hätte sein dürfen.

In der Oststadt hielt Abg. Forter einen äußerst interessanten Vortrag über den „Krieg und seine Folgen“. Zum Obmann wurde wiederum Gen. Stoll gewählt.

In der Altstadt sprach Gen. Dr. Hoffmann über „Schul- und Erziehungsfragen“, die sehr lehrreichen Stoff boten. — Als Obmann wurde Gen. Seitz bestimmt.

Die Mittelstadt hatte Gelegenheit, ein instruktives und aktuelles Referat des Gen. Sedog über „Wohnungsbaue und Wohnungsnot“ entgegenzunehmen. — Gen. Kiefer wurde mit dem Amt des Obmanns betraut.

Für die Südstadt übernahm Gen. Dr. Kraus das Referat. Seine glänzende Rede über „Politische Rundschau“ bot den Anwesenden eine Fülle guter Auffklärung und Anregungen. — Als Obmann wurde Gen. Wehler gewählt.

Die Weststadt nahm ein großzügig angelegtes Referat über „Politische Tagesfragen“ von Gen. Dr. Dieck entgegen. — Als Obmann fungierte Gen. Böttger.

Für Mühlburg hatte Gen. Dr. Kullmann das Referat über aktuelle Fragen übernommen und fand für seine Ausführungen vollen Beifall. — Zum Obmann wurde Gen. Wehler gewählt.

In Rinkheim erstattete Gen. Abele Bericht über den Parteitag und waren die Beschlüsse mit dem Verlauf derselben zufrieden. — Gen. Wörner erhielt wieder von neuem seine Bestätigung als Obmann.

In einzelnen Versammlungen herrscht — wie es im politischen Leben sein muß — rege, freie, aber sachliche Diskussion. Der Verlauf der Abende beweist, wie notwendig es ist, daß unsere Genossen und Genossinnen sich in ihren Bezirken mehr wie bisher zusammenfinden müssen. Wird auf diesem Wege weitergeschritten, so wird das der Gesamtpartei nur zum Nutzen gereichen.

Der Stand der Arbeitslosigkeit in Karlsruhe.

Na. Karlsruhe, 28. Juni. Am 14. Juni war der Stand der Arbeitslosigkeit folgender: (Die eingeklammerten Zahlen geben den Stand vom 17. Mai an):

Table with 4 columns: Gegend, Anzahl, Veränderung, Gesamtzahl. Rows include Kaufm. Abteilung, Gastwirtschaft, Sonstige Männliche, Weibliche, and a total row.

Es ist somit eine weitere Verminderung der Arbeitslosigkeit seit dem letzten Bericht einzutreten, obwohl die Volkswirtschaft und einige Betriebe annähernd 200 Personen während dieser Zeit entlassen haben.

Verein Arbeiter-Jugend (Freie Jugend) Karlsruhe. Heute Abend 8 Uhr findet im städtischen Jugendheim, Lombristrafte, ein Vortrag des Gen. A. Schulze vom Touristenverein „Die Naturfreunde“ statt. Gen. Schulze wird sprechen über: „Die Unendlichkeit der Sternennacht und ihre Bedeutung für die Touristen“. Die Jugendgenossen und Genossinnen werden gebeten, zu dieser Veranstaltung sich recht zahlreich einzufinden, auch die Eltern können jederzeit an den Veranstaltungen der Arbeiterjugend teilnehmen.

Sozialdemokratischer Verein. Morgen Freitag abend 6 Uhr in der „Goldenen Krone“, Vorstands-Sitzung. Vollzähliges Erscheinen, auch der neugewählten Obmänner der einzelnen Stadtteile ist unbedingt erforderlich.

Veranstaltung. Am nächsten Samstag, abends 8 Uhr, findet im „Karlsruher Hof“ Parteiverammlung statt, zu der auch Volksfreundlicher Zutritt haben. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Schärer, 2. Wahl des Bezirksausschusses, 3. Besprechung einer wichtigen Gemeindegangelegenheit. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Gemütskranke. Die Badische Gemüseversorgung hat den Erzeugerhöchstpreis für Erbsen auf 90 Pf. und von Frühweizen mit Kraut auf 80 Pf. für je ein Pfund festgesetzt.

Von der Volkswirtschaft wurden beklagt: 28 Pf. Olivenöl, 8 Pf. Kaffeebohnen, 1 Pf. Kaffeebohnen. Die Waren wurden dem Nachschmittelfeld abgeliefert, um sie für die Allgemeinheit verwenden zu können.

Die Gültigkeit der Meisebrotmarken allen Käufern wird bis zum 27. Juli einschließlich verlängert. Bis dahin werden auch den Verbrauchern die alten Marken gegen neue umgetauscht. Ein Teil der neuen Meisebrotmarken muß infolge von Betriebsstörungen in der Druckerei vorübergehend unperfekt ausgegeben werden. Die Verbraucher werden darauf hingewiesen, daß diese unperfektierten Meisebrotmarken nur bis zum 2. August 1919 einschließlich gültig sind. Vom 4. August an darf den Bäckern auf diese Meisebrotmarken kein Mehl mehr vergütet werden.

Posthalterstunden in Grünwinkel. Vom 1. Juli ab ist der Posthalter des Postamts in Karlsruhe-Grünwinkel werktags ununterbrochen von morgens 7 1/2 bis abends 6 Uhr geöffnet. Die zweite Güterpost kommt schon 1 1/2 Uhr nachmittags und die letzte Post nach Karlsruhe wird um 6 Uhr abends abgefertigt.

Schlusssprachen des Münzschon Konservatoriums. Nachdem am Montag nachmittags abermals die unteren Klassen sich zeigen konnten, zuletzt die Schülerorchester mit dem Dirigenten aus Altalia von Mendelssohn, brachte der Abend hauptsächlich Kammermusik. Er begann mit einem Trio für Klavier, Violine und Violoncello von Hummel. Der kleine Geiger Karl Huber verstand es, seine Jugend völlig vergessen zu machen. Herr Werner Lanitzsch, der den Cellopart des erkrankten Herrn Wettsch übernahm, zeigte edlen kultivierten Ton. Beide Schüler im Verein mit der Klavierpielerin Fräulein Maria Wettsch, bewiesen in schönem Zusammenspiel ihre Befähigung zur Kammermusik. Herr Werner Lanitzsch brachte außerdem in einer Sonate von Rubinstein sein ganzes Können zur Geltung. Fräulein Gertrud Reuter sang Lieber von Schumann mit gartensinniger Vornehmheit. Nach anderen solistischen Nummern, die gute Eindrücke hinterließen, hörte man bermal ein Trio, diesmal von Mendelssohn mit Fräulein Lucie Daub am Klavier, das den Abend recht stimmungsvoll schloß.

Letzte Nachrichten.

Ende des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 3. Juli. Eine Korrespondenz meldet, daß die Abstimmung der ausländischen Eisenbahnarbeiter und Beamten das Ergebnis hatte, daß sich die Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit beim Beginn des Betriebes für Donnerstag früh erklärte.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Rabel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beiliegendes Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Briefkasten der Redaktion.

Freie Nr. 100. Scheiden Versicherte wegen Erwerbslosigkeit aus, die in den vorausgesetzten 10 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert waren, so verbleibt ihnen der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. Durch etwaige militärische Dienstleistungen während des Krieges werden Ihre Rechte nicht berührt. Fordern Sie also den Krankenbeschein.

R. R. in B. Die 40prozentige Zulage zur Verfallungszulage werden Ihnen auch dann gewährt, wenn Sie nach dem Kapitalabfindungsgesetz in Bezug auf die Verfallungszulage abgefunden worden sind. Die Anweisung der Zulage soll vom Amtswegen erfolgen. Sollte dies bisher nicht erfolgt sein, so wenden Sie sich an das Bezirkskommando.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Metallarbeiter-Verband.) Samstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Bauhofsler in der „Gartenbrunnhölle“, Erbprinzenstraße. 4687  
Karlsruhe-Mühlburg. (Bruderverbund, Gem. Chor.) Die grundlegende Versammlung findet bestimmt Dienstag, 8. Juli 1919, abends 8 Uhr, im Lokal „Württembergischer Hof“ statt. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. — Männerchor: Freitag, 4. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Singstunden. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet. 4682  
Der Vorstand, Guggenau. (Naturfreunde.) Freitag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, in Ottenau im „Löwen“ Führerführung. Erscheinen aller Führer erwünscht. 4688  
Der Führer-Obmann.

Die neuen Nachfüllpreise für MAGGI Würze:

Table with 4 columns: Flasche Nr., 0, 1, 2, 3; nachgefüllt M., .25, .50, .85, 1.75

Rudolph Holl, Dentist. Karlsruhe, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tietz. Fernruf 2798. Sprechstunden: 8-12 und 2-6. 4102

Vergabung von Kanalbauarbeiten. Die Herstellung der Kanäle für die Gartenstadt Grünwinkel und für die Kleinwohnungs-Bauten östlich der Zulfachschule soll vergeben werden. Angebote sind bis 10 Uhr, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen bis spätestens Freitag, den 11. Juli ds. Js., vormittags 10 Uhr, auf unserer Kanzlei, Rathaus, Zimmer Nr. 99, einzureichen, wo die Bedingungen und Pläne zur Einsicht aufzuliegen und ungebührenlos abgegeben werden. 4671  
Karlsruhe, 20. Juni 1919. Städt. Bauamt.

Druckereien. Die Druckerei Volksfreund

Schneider auf Großküche findet dauernde Beschäftigung bei Haus Legebauer Kaiserstraße 161. (Höchste Lohnsätze).

Damenhalbschuhe Nr. 40 billig zu verkaufen Morgenstr. 18 IV, rechts.

Rothherde neu hergerichtet unter jeder Garantie für sachmännliche Arbeit preiswert z. Verkauf. Karlsruhe - Ruppurr, 4018 Oskar Guber, Rastatterstr. abt. 21.

Fliegenfänger frisch, beste Belegmutter, 100 St. 16 Mk., 1000 St. 140 Mk. Provisionsreisende gesucht. P. Wagenknecht, Versandhaus, Leipzig.

Die Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstraße 16 empfiehlt aus der Lehrmeister-Bücherei: Die kleinste Brut und Aufsicht. Mit 27 Abbildungen. 40 S. (Nr. 180). Studien - Auktionen mit selbstgefertigtem Druckapparat. Mit 28 Abb. 80 S. (Nr. 185/6). Fallenscheit. Anleitung zur Selbstanfertigung. Mit 86 Abb. 80 S. (Nr. 181/2). Tomatenkäse. Mit 29 Abbildungen. 40 S. (Nr. 183). Seimarscheln f. den Garten. Mit 60 Abb. 40 S. (Nr. 275). Aufhängende Scherzschl. 38 Abb. 30 S. (Nr. 225/6).

Tanz-Kurs E. Stöhr. Jeden Montag u. Freitag 8 Uhr Abends Tanzstunde im Rest. „Auerhahn“, Schützenstraße. Teilnehmer jederzeit willkommen. Hochachtung 4495 E. Stöhr. Staudesbuch-Anzüge der Stadt Karlsruhe. Cheaufgabe, 2 Schifferdecker von hier, Heizer hier, mit Magdalena Dreher von Wilmgen. Haber Scherker von hier, Gewerbelehrer hier, mit Marg. Weber von Ve lin. Friedr. Kraus von Niederhordach, Schneider hier, mit Anna Wittmann von Ruppurr, Wilhelm Kund v. Freialtheim. Vremser hier, mit Karoline Schropp von Wilmgen. Karl Gueter von Rastatt, Freizer hier, mit Emilie Stolz Bue von Wankenloch. Bih. Argall von hier, Elektromonteur

in Konstanz, m. Ida Arnold von Oberwiltshausen. Josef Rastner von Ruggensturm, Schlosser hier, mit Rosa Haas von Ruppurr, Hermann Birt von Ruppurr, roder, Betriebsmeister in Wöhrsbühl, mit Marie Ränke von hier. Daniel Leppert v. Altmannweiler, Landwirt alda, mit Frieda Zunderfuth v. Bahr. Erwin Granger v. Redartwimmersbach, Dipl.-Ing. und gepr. Geometer in Aue, m. Emma Vayerlein von Neumarkt. Gleichsetzungen. Bih. Vender von hier, Kaufm. hier, mit Marie Handmeyer von Becken. Johann Schlotterbeck von Sulzfeld, Bahnarb. hier, mit Karol. Duh ged. Kaufmann von Eppingen. Todesfälle. Matthias Steber, ledig, Ruppurr, alt 66 Jahre. Gretchen, alt 14 Jahre, Vater Wilhelm Erles, Kaufmann. Paul, alt 17 Jahre, Vater + Karl Wälchli, ledig, Buchhalter. Elise Reif, Rastatterin, ledig, alt 24 Jahre. Elise Eichhorn, alt 72 Jahre, Witwe von Max Eichhorn, Apotheker. Lina Schneider, alt 23 Jahre, Ehefrau von Bih. Schneider, Landwirt

**Verband der Gastwirtsgehilfen  
Verband der Köche  
Deutscher Kellner-Bund.**

Freitag, den 4. Juli 1919, abends 11 1/2 Uhr,  
im Restaurant „Zum Elefanten“, Kaiserstr. 42,  
**Gemeinsame**

**Mitglieder-Versammlung**

- Tages-Ordnung:  
1. Der Tarif und seine Durchführung.  
2. Freie Aussprache.

Die Mitglieder werden aufgefordert, unbedingt  
pünktlich zu erscheinen. Gäste willkommen, insbe-  
sondere sind die Kellnerinnen und das Hilfspersonal  
eingeladen. 4674

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft.

**Trichinenschau.**

Zur Anfertigung mikroskopischer Präparate für die  
Trichinenschau suchen wir für mehrere Stunden im Tage  
eine Anzahl gewandter Damen, die jeweils auf  
Abend verfügbar sein müssen.  
Bevorbereitungen werden bei unterzeichneter Stelle  
weldet, wofür auch weitere Auskunft erteilt wird.  
Karlsruhe, den 1. Juli 1919.  
Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

**Gaskoks  
Stück- und Rußfoks**

Berechnen wir vom 1. Juli 1919 an bis auf weiteres  
den Zentner zu 7.— Mark ab Werk  
7.40 frei Keller.  
Karlsruhe, den 28. Juni 1919. 4581  
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk.

**Obst-Verteilung.**

In den Obstverkaufsgeschäften  
Nr. 26 bis 30 einschließlich  
kommen heute, den 3. Juli, Kirschen zur Verteilung.  
Kopfmenge 1 Pfund gegen die Obstmarke Nr. 1  
zum Preise von 75 Pf. pro Pfund.  
Karlsruhe, den 3. Juli 1919. 4686  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Volkschauspiel Öligheim  
bei Rastatt.**

„Der Friede, Paradies und Brudermord“  
Aufführung: Jeden Sonntag bis Ende Juli  
auf großartiger Natur-Bühne im Walde.  
Geschützter Zuschauererraum mit 4000 Plätzen.  
Spielbeginn 1/3 Uhr nachmittags. Ende 6 Uhr.  
Preise der Plätze: Stehpl. 1.—, Stuhlpl. 1.50 bis 5.—  
Zusatzbindung:  
für Hin- und Rückfahrt ab Karlsruhe 10<sup>00</sup> 12<sup>00</sup> 15<sup>00</sup>  
Rastatt 1<sup>00</sup>  
Öligheim abwärts 7<sup>00</sup> 8<sup>00</sup>  
aufwärts 7<sup>00</sup>  
Vorverkauf: Öligheim, Theaterbüro, Tel. 61 Rastatt.  
Karlsruhe: Zeitungsfiosl Hotel Germania, Tel. 2241.  
Pforzheim: Buch- u. Musikalienhdlg. Müllers, Tel. 103.

**Städtisches Konzerthaus.**

Donnerstag, den 3. Juli 1919. 4692  
**Wo die Lerche singt . . .**  
Operette in drei Akten von Dr. Willner und  
H. Reichert. Musik von Franz Lehár.  
Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

Prima 4487  
**Einkochgläser,**  
Gummiabsätze, Sohlenschoner, Schuhriemen,  
**Rucksäcke** Mk. 4.50, 5.— usw.  
Rasierartikel, Taschenmesser,  
: Feuerzeuge, Brennstoff, :  
**Fahrräder mit Gummi,**  
Taschenlampen, Batterien,  
**Auslands-Gummi,**  
Nähähle und Garn  
u. s. w.  
Beachten Sie unser Schaufenster.  
**Nordische Stahlgesellschaft m. b. H.**  
Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 87.

**Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.**

**Rechtsanwalt Felix Bylinski**

wohnt jetzt  
**Kaiserstrasse Nr. 86**  
gegenüber Warenhaus Knopf.

**Züchtige**

**Zigarren-Sortiererinnen**

bei gutem Lohn **sofort gesucht.**  
Man bittet sich bei der Geschäftsstelle des  
Volksfreund zu melden. 4681

**ALA Chem-Fabrik & G**  
Frankfurt/M.

**bester Schuh-Putz**

**ALA**

Zentralfirma: Bockenheimer-Ldstr. 18  
Tel. Iannus 1761/62, Hansa 7978.

**la Fußbodenöl Friedens-**  
ware  
markenfreies Waschlupver  
Schmierseife, Bodenwachs etc.,  
in jeder Menge lieferbar, auch nach auswärts.  
**Schultze,** Kaiserpassage 6  
Telephon 2199.  
Vertreter für hier und auswärts gesucht.

**Wir suchen dauernd**  
Köchinnen  
Mädchen für alles  
Mädchen zum Anlernen  
Zimmermädchen  
Stundenfrauen  
Wash- u. Putzfrauen  
für einzelne Tage  
für sofort und später. 4697

**Städt. Arbeitsamt**  
Weibliche Abteilung. Zähringerstr. 100.

Wir suchen zuverlässige  
**Zeitungs-Trägerin**  
für die Mittelstadt.  
 Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei  
uns melden.  
Geschäftsstelle des Volksfreund  
Luisenstraße 24.

Schöner 4094  
**Kinderklappstuhl**  
preiswert abgegeben.  
Baumeisterstr. 10 IV.

**Tuch-Abfälle,**  
Lumpen, Flaschen, Me-  
talle, Papier, Tier- und  
Menschenhaare kauft  
**Feuerstein,**  
Walldhornstraße 37.  
Telefon 8481. 4110  
Ein Posten 4691

**Socken**  
per Paar 3.— Mark.  
**Arthur Baer**  
Karlsruhe, Kaiserstr. 133  
Eingang Kreuzstraße, 1 Tr.

**1. möbl. Zimmer**  
zu vermieten. 4678  
Philippstr. 15 II.

**Stärke-  
Wäsche**

besorgt in normaler  
Lieferzeit

**Dampfwalchanstalt  
Schorpp**

Annahme-Stellen  
in allen Stadtteilen. 8997

**Geschäfts-Verlegung.**

Am 1. Juli d. Js. verlegte ich mein photographisches Atelier von  
Amalienstraße 85 nach **Rüppurrerstraße 16** gegenüber dem  
Zoll- und Hauptsteueramt (bisheriges **Atelier J. Mürnseer**.)  
Alle Aufnahmen, Bestellungen und Nachbestellungen bitte ich  
nur noch an die neue Adresse

**Rüppurrerstraße 16**

Telephon 2489  
zwischen Baumeister- und Schützenstraße, richten zu wollen.  
Das gesamte Plattenlager der **Fa. J. Mürnseer** ist in meinen  
Besitz übergegangen; Nachbestellungen, Vergrößerungen etc.  
werden von mir in der bisherigen Weise ausgeführt.

**K. Schmeiser, Photograph**

4681 Rüppurrerstrasse 16.

**Dampf-Waschanstalt Albert Lau**

Karlsruhe, Scherrstrasse 10-10a.  
Fernsprecher nicht mehr 2681, sondern ab 1. Juli 1919 Nr. 731.

Uebernahme jeder Art Wäsche  
besonders **Stark-Wäsche**  
bei schonender, sachkundiger Bearbeitung.  
Kurze Lieferzeit. — Trockenplatz im Freien.

Annahme- ) Scherrstr. 10a, Fernsprecher 731 (nicht mehr 2681)  
Stellen: ) Waldhornstr. 31, Eingang Zähringerstrasse (Laden)  
Fernsprecher 266 — Solfenstrasse 13, Laden. 4672

**Fußballklub Germania  
Unterzombach**

veranstaltet zu Ehren seiner  
gefallenen Mitglieder am **Sonntag,**  
den **6. Juli, nachmittags**  
1/3 Uhr, in der Festhalle des Gast-  
hauses „Zum Engel“ eine grosse  
**Gedächtnisfeier**  
und hofft, dass sich die Einwohnerschaft  
zahlreich daran beteiligt.

**Daniels  
Konfektions-Haus**  
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.  
Lüster-Paletots  
M. 78.— an  
Sommer-Mäntel  
M. 125.— an  
Seiden-Röcke  
M. 85.— an  
Weiße Blusen  
M. 13.75 an  
Kinder-Kleider  
M. 13.— an.

Drei Paar noch sehr gute  
Dorrenschuhe, ein leichtes,  
blaues Jackett, neu, eine  
graue Dose, mehrere neue  
Eichkragen 38-42, billig  
zu verkaufen. 4697  
Lanae, Biffordstr. 18 III.

**Geschäfts-Empfehlung**

Meiner werten früheren Kundschaft  
und Bekannten, sowie der verehrl.  
Nachbarschaft zur gef. Kenntnis,  
dass ich unter Heutigem das

**Friseur-Geschäft Adlerstraße 7**

übernommen habe. Ich bitte meine  
wert. Kundschaft, das mir im früheren  
Geschäft geschenkte Vertrauen auch  
auf mein jetzig. Geschäft übertragen  
zu wollen. Es wird mein eifrigstes  
Bestreben sein, die werte Kundschaft  
auf das Sorgfältigste zu bedienen.  
Hochachtungsvoll  
**Paul Buske, Friseur, Adlerstrasse 7.**

**2 Betten**

ein- u. zweifach, gut erhalten,  
junges Oesen, 1 Stk für  
Klaviersportwagen, 2 B.  
u. Spanneisenhufe Größe  
30 und 34, billig zu  
verkaufen. Gallien,  
Wieslandstr. 28, Stb. II.

Empfehle mich  
zum Ankauf von  
**Offz. Uniformen**  
**Schmucksachen**  
aller Art  
**Wäsche usw**

**Anzug- u. Paletotstoffe**

Meter von Mk. 22 bis 65

**„Reichsware“**

in grosser Auswahl eingetroffen.

**Hans Leyendecker**

Kaiserstrasse 161 Eingang Ritterstrasse. 4679

**la. Nordhäuser  
Kau-Tabak**

neu eingetroffen.

**Zigarren-Geschäft Störzinger**

Karlstraße 49 (am Karlstor). 4675



**Geft. Angebote  
erbitet!**  
**Wimranb's**  
An- u. Verkaufsgeschäft,  
Kronenstr. 62  
Telefon: 3747.

**30 M. tägl. Verdienst**  
Bis 30 M. Erwerb oder  
Nebenerwerb. Prosp. gratis.  
E. Wazankersch, Verlag, Leipzig.